



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Gemeindetags:

Hohe Erwartungen an Staatsregierung

„Als konstruktiver Partner werden wir aufmerksam beobachten, welche Anstrengungen die neue Staatsregierung unternimmt, um ihre Wahlversprechen zu erfüllen“, betonten Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und das Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse bei einer Pressekonferenz in München im Vorfeld der Kommune 2013 in Nürnberg. Ministerpräsident Horst Seehofer hatte angekündigt, mit der Schaffung eines Heimatministeriums für mehr Chancengerechtigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Land zu sorgen. „Wir nehmen ihn beim Wort“, machte Brandl deutlich.

Gleichwertige Lebensbedingungen haben nun Vorrang. Bei der Landtagswahl hatten die Bürger diesem Grundsatz mit großer Mehrheit zugestimmt. „90 Prozent der Wähler waren der Meinung, dass dies dringend nötig ist“, hob Brandl hervor. Im gesamten Freistaat gebe es Kommunen, die nach wie vor unter strukturellen Defiziten leiden.

Kluft bei Gewerbesteuer

Betrachte man sich die Gewerbesteuereinnahmen 2012, so sei die Kluft deutlich erkennbar. Während es der Landkreis München als Spitzenreiter auf 1.443 Euro pro Einwohner bringt und

die Landeshauptstadt München im vergangenen Jahr pro Einwohner 900 Euro Gewerbesteuer eingenommen hat, rangiert der Landkreis Amberg-Weilheim mit 132 Euro am Ende der Tabelle. Diese Schieflage gelte es zu beseitigen. Der kommunale Finanzausgleich müsse gerechter zu Gunsten finanzschwacher Gemeinden ausgestaltet werden.

Allerorten wachse die Aufgabenlast, so Brandl. Bei den Krippen und Kindergärten müsse sich der Freistaat stärker als bisher an den laufenden Betriebskosten beteiligen. Außerdem herrsche in dem gravierenden



Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl (l.) mit dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse. Bild: DK

Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen sollten auch in solchen Regionen errichtet werden, die unter der demografischen Entwicklung leiden, fuhr Brandl fort. Cluster dürften nicht nur in den Ballungszentren sprießen, auch der ländliche Raum biete dafür hervorragende Voraussetzungen, ergänzte Direktor Busse.

Defizite bei Infrastruktur

Deutliche Defizite benannte Brandl beim Thema Infrastruktur im ländlichen Raum. Neben dem Ausbau von Straßen und Schie-

nenwegen müssten auch die ärztliche Versorgung, Pflege und qualifizierte Arbeitsplätze gesichert werden. Wenn die Regierung an diesen Stellen nicht handle, drohe Abwanderung aus strukturschwachen Gegenden.

Zudem sei der Ausbau eines schnellen Internetnetzes dringend zu forcieren. Das jetzige bayerische Förderprogramm sei viel zu kompliziert und zu bürokratisch. Es bedürfe dringend einer Überarbeitung, damit die Kommunen in der Fläche nicht von der technologischen Entwicklung abgehängt werden. Uwe Brandl forderte

(Fortsetzung auf Seite 3)

Deutscher Landkreistag:

Ursachen bekämpfen statt Symptome behandeln

Präsidiumssitzung im Landkreis Südwestpfalz

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages hat sich auf seiner Sitzung im Landkreis Südwestpfalz für eine strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzancen ausgesprochen. Der kommunale Spitzenverband der 295 Landkreise erachtet eine Reform der finanziellen Ausstattung der Städte, Landkreise und Gemeinden als eines der wichtigsten Projekte der neuen Legislaturperiode.

Wie Präsident Landrat Hans Jörg Duppré erläuterte, werde auch in diesem Jahr knapp die Hälfte der Landkreise einen unausgeglichenen Haushalt haben. Bislang sei die Politik einen Gesamtansatz zur Verbesserung der Kommunalfinanzancen schuldig geblieben. Eine neue Föderalismuskommission zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen unter Einbezug der Kommunen sei genau der richtige Ort, um diese Fragen strukturiert und gesamthaft anzugehen. Jetzt müsse es endlich darum gehen, die Ursachen für die strukturelle Unterfinanzierung der Städte, Landkreise und Gemeinden zu bekämpfen und nicht lediglich Jahr für Jahr an den Symptomen herumzudoktern. Die Kommunen müssten endlich weg vom Tropf und dauerhaft aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen.

Konsolidierungspotenziale

Die vorhandenen Konsolidierungspotenziale seien in vielen Landkreisen bereits weitgehend

ausgeschöpft und gestalterische und finanzielle Spielräume nicht mehr vorhanden. „Die Kassenkredite steigen weiter an – auf bis zu 713 Euro pro Kopf. Hinzu kommen die Schulden von Gemeinden, Land und Bund. Besonders prekär ist die Lage in Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt“, so Duppré.

Strukturelles Defizit

Er betonte, dass es sich aufgrund der Aufgaben- und Kostenstruktur – vor allem im Sozialbereich – um ein strukturelles Defizit handle. „Dies liegt an einer Reihe von Faktoren und lässt sich nicht mit monokausalen Ansätzen oder vereinzelt Finanzspritzen des Bundes und der Länder beheben.“ Vielmehr ginge es darum, ein Gesamtpaket zu schnüren, bestehend aus einem Mehr an Eigenleistung bei den kommunalen Steuereinnahmen, aufgabenangemessenen Finanzzuweisungen der Länder und Kostenentlastungen im Sozialbereich. Das Präsidium des kommunalen

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Paradebeispiele für Verschwendung

Vom Pavillon bis zum „Stadthaus-Aufzug“

Der Bund der Steuerzahler in Bayern will die Verschwendung von Steuergeldern in Ämtern und Ministerien deutlich einengen. Diese soll nach den Vorstellungen des BdSt ebenso zur Straftat erklärt und auch genauso geahndet werden wie Steuerhinterziehung. Beides sei „gleichermaßen sozial schädlich“ konstatierte Präsident Rolf von Hohenhausen bei der Vorlage des Schwarzbuchs 2013 in München. Deshalb müsse das Strafgesetzbuch um den Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ ergänzt werden.

Der Bund der Steuerzahler schätzt, dass etwa fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben verschwendet werden. Auch das diesjährige Schwarzbuch enthält Beispiele über Fehlplanungen, Bürokratie, Gedankenlosigkeit und mangelnde Sorgfalt, die Vizepräsidentin Maria Ritch vorstellte.

Kreditloch

Neben einem Kreditloch über 2,3 Mrd. Euro durch die Bayern-LB-Tochter Hypo Alpe Adria prangert der BdSt unter anderem einen Fall aus Dittelbrunn, Landkreis Schweinfurt, an. Dort wollte

die Gemeinde im Jahr 2010 ein neues Feuerwehrauto kaufen. Aufgrund einer europaweit durchgeführten Ausschreibung bekam ein Privatunternehmen den Zuschlag, das das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hatte.

Anzahlung verloren

Die geforderte Anzahlung in Höhe von rund 100.000 Euro wurde von der Gemeinde Dittelbrunn geleistet. Eine Absicherung dieser Anzahlung, zum Beispiel in Form einer Bankbürgschaft, erfolgte jedoch nicht. Weil die beauftragte Firma insolvent wurde, erhielt die Gemeinde weder ein Feuerwehrauto noch die Anzahlung zurück. Wenn auch die einschlägigen Vergabe- und Haushaltsvorschriften eine

(Fortsetzung auf Seite 4)

GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 7. November 2013 lädt die Bayerische Gemeindezeitung im Rahmen der Communication World zum 1. Bayerischen Breitbandforum ins MOC Veranstaltungszentrum nach München ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei. Unsere Gäste haben zudem kostenlosen Zugang zur Fachmesse Communication World.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de



Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Mangel an Erzieherinnen. Deshalb sollen diese ihre Ausbildung von fünf auf vier Jahre verkürzen können. So würden mehr Ausbildungskapazitäten zur Verfügung stehen.

Ganztagsbetreuung

Auch sollte die Mittags- und Nachmittagsbetreuung in den Grundschulen in eine offene Ganztagsgrundschule umgewandelt werden. Darüber hinaus sei die politisch gewünschte Inklusion Behinderter in den Schulen unter den aktuellen Rahmenbedingungen finanziell und personell nicht leistbar. Und: Junge Familien benötigen Arbeitsplätze und Betreuungsangebote, um nicht in die Ballungszentren abwandern zu müssen. Insgesamt diagnostizierte der Präsident „ein eklatantes systemisches Problem“.

Neues von Sabrina

Zwingend mit dem Ende des Sommers geht die Umstellung dieser Sommer- auf Winterzeit einher. Für Mensch (und Tier) mit empfindlicher innerer Uhr ist dies jedes Mal ein Grund sich aufzulegen. Wie meinte schon der Franzose Sascha Guity: „Das waren noch glückliche Zeiten, als man nach dem Kalender lebte. Heute leben wir nach der Uhr!“ Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern: Der Landtag formiert sich	Seite 2
Volkshochschulverband: Gemeinsam für mehr Klimaschutz	2
GZ-Kolumne Lena Kürschner: Offener Brief zur grünen Familienpolitik	3
Gemeindefinanzbericht 2013	3
Bayerische Landesausstellung: Positive Bilanz	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5-7
Breitband	8
Wasser · Abwasser	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Der Landtag formiert sich

Ausschüsse konstituieren sich mit Blick auf das neue Kabinett

Mit der Neuorganisation der Ausschüsse in Stärke und Zuständigkeit bei Zusammenarbeit und Kontrolle des gleichfalls umgebauten Kabinetts Seehofer hat der 17. Landtag die Voraussetzungen für die praktische Arbeit geschaffen. Dreh- und Angelpunkt ist die absolute Mehrheit der CSU mit 101 der 180 Mandate gegenüber 79 der Opposition. Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) will zudem ihre Aufgaben im Vollzug des Abgeordnetenrechts vom Präsidium bis zur Aufsicht über Verwaltung und Parlamentstätigkeiten nach der noch nicht beendeten Beschäftigungsaffäre entschiedener wahrnehmen.

Fest steht, dass die CSU künftig in 7 von 12 für die eigentliche Gesetzgebungsarbeit zuständigen Ausschüssen die Mehrheit und damit den Vorsitz hat. Die Ausschüsse haben zwischen 16 und 22 Abgeordnete, darüber hinaus Sonder- und Untersuchungsausschüsse. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer sicherte in allen Streitfragen korrekte und loyale Zusammenarbeit mit der Opposition zu.

Verbindung zu Kommunen

Für die SPD hat der wiedergewählte Markus Rinderspacher entsprechend Stellung genommen. Im Hintergrund steht - wenn bestätigt - die künftige schwarz-rote Koalition im Bundestag. Freie Wähler und Grüne zeigten sich da unabhängig. Der einstimmig wiedergewählte Hubert Aiwanger kündigte an, im Landtag „eine starke Präsenz“ zu zeigen und sofort wichtige Themen wie die Wahlfreiheit an den weiterführenden Schulen mit G 8 und G 9 auf die Tagesordnung zu bringen und sich nicht „von der CSU einlullen zu lassen“. Die Verbindung zu den Kommunen sei ein entscheidender Faktor. Die Freien Wähler seien die einzige Alternative zur CSU „in der sozialen Mitte“. Die FW-Fraktion ist von 21 auf 19 Mitglieder geschrumpft.

Am heftigsten reagierten die Grünen. Die nach Verzicht von Claudia Stamm mit klarer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Margarete Bause blieb dabei harte, jedoch konstruktive Opposition zu sein. Sie forderte einen „Flüchtlingsgipfel“ mit kommunalen Spitzenverbänden, Flüchtlingsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden.

Seehofer zeigte sich nach den positiven Ergebnissen der schwarzroten Verhandlungen in Berlin, die freilich noch nicht beendet sind, konziliant. Seine Regierungserklärung will er erst Mitte November im Landtag abgeben.

Für die Opposition und in anderem Blickwinkel für die CSU im Visier bleiben die „Superminister“. An der Spitze die Berlin-Rückkehrerin Ilse Aigner. Sie wird Staatsministerin für das um Medien, En-

ergiewende und Technologie ausgedehnte Wirtschaftsressort und ist außerdem erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten. Ihr anfänglicher Konkurrent beim Fraktionsvorsitz, Markus Söder, ist nun für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat mit einer Außenstelle bzw. Zweigministerium in Nürnberg sowie den zwei Staatssekretären Johannes Hintersberger und Albert Füracker verantwortlich. Innenminister Joachim Herrmann wird auch Stellvertreter Seehofers mit u. a. auf Bau, Verkehr und Nicht-Schulsport erweitertem Spielfeld. Gerhard Eck bleibt unverändert sein Staatssekretär.

Zusammenlegung

Die von der Opposition hart attackierte bisherige Sozialministerin Christine Haderthauer hat besonders Vertrauen Seehofers und ist Staatskanzleiministerin für Bundesangelegenheiten. Bildungs- und

Wissenschaftsministerium werden wieder zusammengelegt und von Ludwig Spaenle gelenkt. Er hat die weitaus meisten Ressortgelder im Säckel. Georg Eisenreich und Bernd Sibler helfen ihm beim Ausgeben. Melanie Huml avanciert vom Staatssekretariat im Umweltministerium zur Ministerin für Gesundheit und Pflege.

Umweltminister mit neuer Abteilung Verbraucherschutz bleibt Marcel Huber. Bondenverbunden an der Spitze ackert Helmut Brunner im Landwirtschaftsministerium weiter. Staatsministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration wird Emilia Müller. Sie will nicht als Ersatz für Fehler ihrer Amtsvorgängerin Haderthauer gesehen werden und hat das bereits zu verstehen gegeben. Die bisherige Justizministerin Beate Merk fungiert künftig als Europaministerin. Ihr Ressort übernimmt in den nächsten fünf Jahren der Aschaffener Winfried Bausback. Seehofer hat genau darauf geachtet, den Proporz zwischen Altbayern, Franken und Schwaben zu wahren.

Der Eidesleistung des neuen Kabinetts vor der Landtagspräsidentin hat die Opposition aus staatspolitischer Sicht zugestimmt. Viele der Neuen werden jedoch, wie bereits angefangen, sachlich stärker kritisiert werden als andere, sofern es sich nicht um Tangenten mit einer schwarz-roten Bundesregierung handeln sollte. Das hat insbesondere die SPD schon erkennen lassen. Söder bleibt als „Schatzmeister“ auf jeden Fall in der Kritik. Für die CSU gilt Seehofers Wort, die größte Gefahr sei der Übermut nach erreichten Erfolgen. **rm**

Gemeinsam für mehr Klimaschutz

Bayerischer Volkshochschulverband tritt als 26. Partner der Bayerischen Klima-Allianz bei

Der Bayerische Volkshochschulverband (bvV) ist der Bayerischen Klima-Allianz beigetreten. Am 17. Oktober 2013 besiegelten der bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber und der 1. Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Prof. Dr. Klaus Meisel, in einer feierlichen Unterzeichnung die Partnerschaft.

Mit diesem Beitritt setzt der bvV ein Zeichen und unterstreicht sein Engagement für den Klimaschutz. „Wir sehen das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz als integrative Aufgabe für die Volkshochschulen an, in dem Sinne, dass es in alle Programmbereiche Eingang finden muss“, so Klaus Meisel. Der Bayerische Volkshochschulverband wird künftig verstärkt Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für die rund 3 Millionen Teilnehmer anbieten. In Schulungen werden die Kursleiter im Bereich BNE als Multiplikatoren ausgebildet sowie die beruflichen Fort- und Weiterbildung von Fachkräften ausgebaut. Im eigenen Bildungsbetrieb soll Energie

eingespart und effizienter genutzt werden. Kommunale und landesweite Netzwerke und Aktionen werden gefördert.

Zum Beispiel unterstützt der bvV in Kooperation mit dem Landesamt für Umwelt (LfU) die Aktion „Stromcheck für Bürger“. 480 vom LfU zur Verfügung gestellte Stromcheckgeräte werden an die bayerischen Volkshochschulen verteilt. Dort können sie kostenfrei an die Kursteilnehmer, Kursleiter und Mitarbeiter verliehen werden. Die optionale Einbindung des Gerätes in ein Kurskonzept rund um das Thema Stromeinsparpotenzial und den Einsatz des Stromcheckgerätes für die Bürger ist in Entwicklung.

Für die 217 Mitgliedereinrichtungen hat der Bayerische Volkshochschulverband ein Praxishandbuch „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) erstellt. Es bietet vor allem Handlungsleitfäden für BNE-Programme zur Umsetzung an Volkshochschulen und enthält Hinweise zum Programmangebot, zum Marketing- und Kommunikationskonzept und zu Kooperationen. Planungsworkshops unterstützen den Transfer in das Programmangebot der Volkshochschulen.

In Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und anderen Partnern im Bereich Klimaschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung tragen die bayerischen Volkshochschulen zur Gestaltung gesünder Umwelt- und Lebensbedingungen bei. Die Volkshochschulen sind kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung und sehen sich u.a. den Fragen des Ressourcenhaushalts und des Klimawandels verpflichtet. **□**

Wahl der Bezirkstagspräsidenten:

Fast alles bleibt beim Alten

Vier Wochen nach den Landtagswahlen bestimmten die sieben bayerischen Bezirkstage ihre jeweiligen Präsidenten. Einen Wechsel gab es dabei in Niederbayern: Zum neuen Bezirkstagspräsidenten von Niederbayern wurde Dr. Olaf Heinrich (CSU) gewählt. Er tritt die Nachfolge seines Parteifreundes Manfred Hölzlein an, der das Amt 15 Jahre lang bekleidete und bei der diesjährigen Bezirkswahl nicht mehr kandidierte. Für seine Verdienste um den Bezirk Niederbayern wurde Hölzlein die Ehrenbezeichnung „Altbeizstagspräsident“ verliehen.

Olaf Heinrich, seit 2008 erster Bürgermeister von Freyung, gehört dem Bezirkstag von Niederbayern seit 2003 an; seit 2002 ist der 34-Jährige Mitglied des Kreistags Freyung-Grafenau. Der alte und neue Bezirkstagspräsident heißt Franz Schedlbauer (CSU), Bürgermeister der Stadt Bogen und seit 1995 dem Bezirkstag angehörig. Zum weiteren Stellvertreter des Bezirkstagspräsidenten wurde wie schon 2008 erneut Max Brandl (SPD) aus Büchlberg im Landkreis Passau bestellt. Der frühere Landtagsabgeordnete war von 1978 bis 1982 und wieder seit 2003 Bezirksrat.

Einstimmige Wahl

In Niederbayern bleibt Franz Löffler (CSU) Bezirkstagspräsident. Er wurde einstimmig gewählt. Seine Stellvertreter sind - wie bisher - Lothar Höher (CSU) aus Weiden und Norbert Hartl (SPD) aus Regensburg, die ebenfalls einstimmig in ihren Ämtern bestätigt wurden.

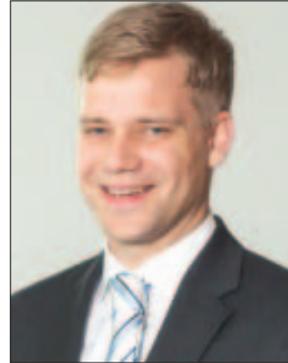
Löffler rief die Bezirksräte auf, die Gestaltungsspielräume, die sich aus dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht ergeben, zum Wohl der Menschen in der Oberpfalz zu nutzen. In der kommenden Wahlperiode soll die wohnortnahe psychiatrische Versorgung weiter ausgebaut werden, und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gelte es, weitere Akzente zu setzen: „Ob Frühförderung, offene Behindertenarbeit oder Integrationsfirmen - der Bezirk hat die Aufgabe, die Maßnahmen und Anstrengungen zu unterstützen, um Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen“, hob Löffler hervor. Die demographische Entwicklung verlange richtige Weichenstellungen bei der Hilfe zur Pflege, einem weiteren großen Aufgabengebiet des Bezirks. Die Zusammenführung der Zuständigkeiten in diesem Bereich hält er für „unabdingbar“.

Eröffnet wurde die Sitzung im Alten Festsaal des Bezirks Oberpfalz von Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, die die Erfolge der vergangenen Wahlperiode hervorhob und den Bezirk Oberpfalz als „Klassenprimus“ unter den sieben bayerischen Bezirken bezeichnete.

In der konstituierenden Sitzung in Ansbach wiedergewählt wurde auch Richard Bartsch (CSU) als Bezirkstagspräsident von Mittelfranken. In einer Stichwahl siegte der 54-Jährige gegen die SPD-Politikerin Christa Naaß. Der Roßtaler Bartsch ist seit 1986 Mitglied des Regionalparlaments und hat das Ehrenamt des Bezirkstagspräsidenten seit dem 16. Oktober 2003 inne. Beruflich ist er im Seniorenamt der Stadt Nürnberg als Altenhilfeplaner tätig.

Zur stellvertretenden Bezirkstagspräsidentin wurde Christa Naaß, MdL a. D. aus Haundorf, bestimmt. Erste weitere Vertreterin des Bezirkstagspräsidenten ist die bisherige stellvertretende Bezirkstagspräsidentin Karin Knorr aus Marloffstein. Zur zweiten weiteren Vertreterin wurde die Erlangerin Susanne Lender-Cassens (Bündnis 90/Die Grünen) bestellt.

Der neue Bezirkstag von Unterfranken wählte erneut mit deutlicher Mehrheit Erwin Dotzel (CSU) zu seinem Präsidenten.



Dr. Olaf Heinrich. **□**

bestellte der Bezirkstag Armin Grein (Freie Wähler).

Dotzel bot in seiner Antrittsrede allen Bezirkstagsmitgliedern eine enge Zusammenarbeit an. Er appellierte dafür, „offen und ehrlich miteinander umzugehen“. Zu den herausragenden Aufgaben der kommenden Wahlperiode zählte er insbesondere die Umsetzung der Inklusion und die Herausforderungen durch den demographischen Wandel. Zu weiteren Zielen der nächsten fünf Jahre rechnete Dotzel die Stärkung der kulturellen Vielfalt und die Jugendförderung. Er kündigte an, „sparsam mit den finanziellen Ressourcen umzugehen“.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der die konstituierende Sitzung eröffnet hatte, unterstrich die große Bedeutung des Bezirkstags, insbesondere mit Blick auf „ein Bündel von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen“. Als Beispiele dafür nannte der Regierungspräsident „die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, den Zwang zu ausgeglichenen Haushalten und die Umsetzung des Gedankens der Inklusion“. „Die Bedeutung der Kommunalpolitik kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden“, erklärte Beinhofer. In den Kommunen würden politische Entscheidungen in unmittelbarem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern umgesetzt.

Ausblick auf Wahlperiode

Ebenfalls über eine deutliche Mehrheit konnte sich der alte und neue Bezirkstagspräsident von Oberfranken, Dr. Günther Denzler (CSU) freuen. Als Bezirkstagsvizepräsidenten wählte das Gremium in Bayreuth den Bamberger OB Andreas Starke (SPD), Eberhard Siller (CSU), Bürgermeister in Hof, wurde zum weiteren Bezirkstagsvizepräsidenten aus der Mitte des Bezirkstags bestellt.

Denzler gab nach seiner Wiederwahl einen kurzen Ausblick auf die kommende Wahlperiode. „Die Zusammensetzung unseres Gremiums, in dem Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister sowie Kreis- und Stadträte aus ganz Oberfranken sitzen, ist Garant für die Wahrung der kommunalen Interessen“, so der Präsident. Als Hauptthema der nächsten Jahre sieht Denzler die Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. „Allerdings ist Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben!“, warnte Denzler und betonte erneut seine

Forderung nach einem Bundesleistungsgesetz, das den Bund an den Kosten der Behindertenhilfe beteiligt.

Zum dritten Mal wurde Jürgen Reichert (CSU) bei der konstituierenden Sitzung des Bezirkstags von Schwaben aus den Reihen der Bezirksrätinnen und Bezirksräte als Präsident wiedergewählt. Auch Bezirkstagsvizepräsident Alfons Weber (CSU) wurde in dieser Funktion erneut bestätigt, weitere stellvertretende Bezirkstagspräsidenten sind erneut Ursula Lax (CSU) und erstmals Wolfgang Böhner, Fraktionsvorsitzender der SPD.

Reichert bedankte sich bei den Bezirksräten für das ausgesprochene Vertrauen und verband dies mit dem Wunsch, dass auch im neuen Bezirkstag die sachliche und zielorientierte Arbeit der vergangenen Jahre fortgesetzt werde. Wichtig sei dies auch aufgrund der anstehenden großen Herausforderungen, so bei der Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion, bei der Bewältigung der Fragen in der Hilfe zur Pflege und dem Bemühen um eine adäquate Finanzausstattung der Bezirke zur Erledigung insbesondere der sozialen Pflichtaufgaben. „Der Bezirkstag ist bunter und vielfältiger geworden, das kann interessante Chancen und Ansätze eröffnen, wenn wir weiter an der Sache bleiben.“

Sein Amt als Präsident des oberbayerischen Bezirkstags souverän verteidigen konnte auch Josef Mederer aus Altomünster. In der konstituierenden Sitzung erhielt Mederer in geheimer Wahl 100 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. Neu als erster Stellvertreter wurde Michael Asam (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Peiting, ins Präsidium gewählt. Im Amt bestätigt hat der Bezirkstag per Beschluss seine weitere stellvertretende Präsidentin, Friederike Steinberger (CSU).

Über Parteigrenzen hinweg

In seiner Antrittsrede betonte Josef Mederer, sein Amt weiterhin im Schulterschluss mit allen Fraktionen und Gruppierungen auszuüben. „Es liegt mir sehr an einer guten, kollegialen und konstruktiven Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg.“ Diese breite Verankerung sei wegen der herausfordernden Aufgaben, die in der Wahlperiode bis 2018 zu bewältigen seien, besonders wichtig. Mederer: „Wenn wir diesen Schulterschluss halten, haben wir im Bezirkstag von Oberbayern fünf gute Jahre vor uns.“

Als zentrales politisches Ziel benannte der Präsident das Umsetzen der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel eines inklusiven Gemeinwesens. „Wir brauchen wesentlich mehr Teilhabechancen für Menschen mit Behinderung. Inklusion ist das mit Abstand prägendste sozialpolitische Thema für die kommenden Jahre.“ Um Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, stehe etwa der Umbau der Wohnangebote unter dem Stichwort ambulant vor stationär ganz oben auf der Tagesordnung. Das erfordere den Mut zu Veränderungen bei allen Beteiligten aus Politik und Verbänden.

„Auch mit den Zukunftsaufgaben in der Hilfe zur Pflege müssen wir uns intensiv auseinandersetzen“, fuhr Mederer fort. Dabei hat der Präsident keineswegs nur die wohl weiter steigenden Ausgaben im Blick, sondern vor allem die Lebensqualität der Menschen in Pflegeheimen. „Alle Beteiligten müssen sich dafür einsetzen, dass in den Heimen gutes und qualifiziertes Personal tätigt ist. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alfons Fleischmann
94244 Geiersthal
am 4.11.

Bürgermeister Josef Heuschneider
93102 Pfatter
am 6.11.

Bürgermeister Herbert Bauer
95685 Falkenberg
am 28.10.

Bürgermeister Herbert Seger
87471 Durach
am 29.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Sporrer
86986 Schwabbruck
am 01.11.

Bürgermeister Cornelius Griebel
86856 Hiltenfingen
am 3.11.

Bürgermeister Franz Reichold
93426 Roding
am 6.11.

Bürgermeister Ludwig Weinzierl
94574 Wallerfing
am 31.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Oberauer
83131 Neußdorf am Inn
am 1.11.

Bürgermeister Thomas Kneipp
96272 Hochstadt a. Main
am 2.11.

Bürgermeister Max König
94163 Saldenburg
am 6.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Brückner
91230 Happurg
am 27.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gemeindefinanzbericht 2013:

Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt

Die aktuelle Finanzlage der Kommunen zeichnet sich durch starke Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Regionen aus. Wie der Gemeindefinanzbericht 2013, den der Deutsche Städtetag unter dem Titel „Mindestfinanzausstattung statt Nothaushalt“ vorgelegt hat, ausweist, stehen Städten mit guten Einnahmen Städte gegenüber, denen eine Negativspirale droht. Ihnen fehlt Geld für notwendige Investitionen, während die Sozialausgaben und die Verschuldung steigen.

In vielen finanzschwachen Städten entsprechen die Kassenkredite inzwischen den städtischen Ausgaben eines ganzen Jahres. Bundesweit haben die kommunalen Kassenkredite ein Volumen von 48 Mrd. Euro überschritten.

Kassenkredite steigen

Im Jahr 2012 konnte erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder ein positiver kommunaler Finanzierungssaldo in Höhe von 1,8 Mrd. Euro erzielt werden. Zugleich stiegen aber die Kassenkredite nochmals um 3,6 Mrd. Euro an. Auch für die Jahre 2013 und folgende ist laut Gemeindefinanzbericht zu befürchten, dass trotz eines auf ca. 4 Mrd. Euro steigenden durchschnittlichen Finanzierungssaldos der Abbau der Kassenkredite nicht in entscheidendem Umfang gelingen wird.

Die Unterschiede in der kommunalen Finanzlage werden bei einem Blick auf die Höhe von Finanzierungssalden und Kassenkrediten in den einzelnen Ländern deutlich: Die Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg konnten im Jahr 2012 im Vergleich zu 2011 im Durchschnitt ihren „Vorsprung“ gegenüber den Kommunen anderer Länder halten bzw. geringfügig ausbauen. Zugleich profitieren in einigen Ländern, in denen die kommunale Finanzsituation ohnehin schwierig ist, die Kommunen nur unterdurchschnittlich oder gar nicht von der allgemein verbesserten Finanzlage, so z. B. in Rheinland-Pfalz oder dem Saarland.

In diesen und weiteren Ländern, deren Kommunen besonders viele Kassenkredite aufnehmen mussten – hierzu zählen auch Nordrhein-Westfalen und Hessen – haben die Kassenkreditbestände der Kommunen mit einem durchschnittlichen Betrag von mehr als 1.200 Euro je Einwohner mittlerweile eine Größenordnung erreicht, bei der die Zinsänderungsrisiken „ein sehr ernst zu nehmendes Haushaltsrisiko darstellen und jederzeit Konsolidierungsanstrengungen konterkarieren können“, so der Bericht.

Höhere Einnahmen

Die kommunalen Einnahmen stiegen im Jahr 2012 mit 5,1 Mrd. Euro bzw. 2,8 Prozent lediglich halb so stark wie im Vorjahr. Sie betragen 188,8 Mrd. Euro. Eine Hauptursache für den Einnahmestieg waren die massiv gestiegenen Steuereinnahmen der Länder, eine weitere die erhöhte Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Beides führte je nach Vorgehen in dem einzelnen Land zu mehr oder weniger deutlich erhöhten Landeszuweisungen. Der Gemeindefinanzbericht weist darüber hinaus auf die weiterhin positive Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen hin.

Sowohl der Einnahmen- als auch der Ausgabenanstieg sind durch das Auslaufen des Konjunkturprogramms gebremst. Der Ausgabenanstieg betrug vergangenes Jahr 0,9 Prozent bzw. 1,7 Mrd. Euro, so dass im Jahr 2012 Ausgaben in Höhe von 187,0

Mrd. Euro anfielen. Die Entwicklung auf der Ausgabe Seite war durch einen scharfen Rückgang der Investitionen von 10,6 Prozent gekennzeichnet. Dieser Rückgang verdeutlicht, dass in den vergangenen Jahren die kommunale Investitionsschwäche durch das Konjunkturprogramm lediglich überdeckt, aber nicht grundsätzlich behoben werden konnte.

Soziale Leistungen

Auch die überraschend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt machte sich im Jahr 2012 nicht durch einen allgemeinen Rückgang der Ausgaben bei den sozialen Leistungen bemerkbar. Ursache hierfür sind die weiterhin wachsenden Ausgaben der kommunalen Träger für die kon-

junkturabhängigen sozialen Leistungen, wie etwa Jugendhilfe, die Hilfe zur Pflege oder die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Sie stiegen deutlich stärker an als die sonstigen Ausgaben oder auch die Einnahmen. Die kommunale Investitionsschwäche ist somit im Jahr 2012 ebenso unübersehbar wie der sich weiter vergrößernde Anteil der sozialen Leistungen. Diese betragen mittlerweile mehr als das Doppelte der Investitionen.

Fiskalpak

Im Ergebnis dieser Entwicklungen ist laut Gemeindefinanzbericht „für die Jahre 2013 bis 2016 ein positiver Finanzierungssaldo der kommunalen Haushalte in der Größenordnung von 4,0 bis 4,5 Mrd. Euro denkbar“. In diesem Zusammenhang müsse darauf hingewiesen werden, dass der kommunale Finanzierungssaldo auch für die Einhaltung des Fiskalpakts relevant ist. **DK**

Landesausstellung „Main und Meer“:

Positive Bilanz

Mitte Oktober 2013 schloss die Bayerische Landesausstellung „Main und Meer“ ihre Pforten in der Kunsthalle Schweinfurt. „Main und Meer“ war eine mehrfache Premiere: Zum ersten Mal stand ein Fluss im Fokus einer Landesausstellung. Und zum ersten Mal wurden in einer Bayerischen Landesausstellung kulturhistorische und naturwissenschaftliche Inhalte miteinander verknüpft.

Bevor die Crew endgültig von Bord ging und die Abbauarbeiten begannen, zogen Sebastian Remelé, Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt und Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, in der Bibliothek der Kunsthalle Resümee.

91.084 Besucher haben die Ausstellung während der fünfmonatigen Laufzeit besucht und „Main und Meer“ damit zur erfolgreichsten Ausstellung in Schweinfurt gemacht. Als besonders erfreulich empfanden die Organisatoren, dass das Modell der günstigen Familienkarte so gut genutzt wurde. Die Familien bildeten zahlenmäßig eine überaus starke Gruppe bei den Ausstellungsbesuchern.

Ebenso zufrieden zeigte sich Dr. Erich Schneider, Leiter der Kunsthalle Schweinfurt, mit dem Begleitprogramm und bedankte sich bei den zahlreichen Helfern. Viele tatkräftige Partner hätten zum Gelingen der Ausstellung beigetragen, ohne deren Unterstützung ein so großes Projekt nicht zu stemmen gewesen wäre. Dazu zählten die Stadt Schweinfurt als auch die Bayerische Staatsministerien für Umwelt und Gesundheit, die Bayernwerk AG, die Sparkasse Schweinfurt, der Bezirk Unterfranken, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, die Bayerische Sparkassenstiftung und die Mainfrankenbahn. **□**

Hohe Erwartungen...

(Fortsetzung von Seite 1)
Bayerns Finanz- und Heimatminister Markus Söder auf, die digitale Erschließung des Freistaats über schnelle und leistungsfähige Breitbandverbindungen zur Chefsache zu machen.

Bis heute ist Brandt zufolge noch kein Förderantrag positiv bewilligt worden. „Wie sollen ländliche Kommunen im Freistaat an den technologischen Fortschritt angebunden werden, wenn die staatlichen Zuschüsse nur dann fließen, wenn eine Gemeinde 29 Verfahrensschritte bewilligt hat und sich zu allem Überfluss manche Förderstellen kommunalunfreundlich zeigen?“, fragte der Gemeindefinanzbericht und erklärte: „Hier muss ein Neustart erfolgen und zwar schnell.“ Wollte der Freistaat den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verlieren, müsse das bayerische Breitbandförderprogramm deutlich verschlankt und praxisgerecht ausgestaltet werden. „Andere Bundesländer sind hier schon viel weiter als Bayern“, so Busse.

Stimmig sollte auch das von Bund und Freistaat entwickelte und umgesetzte Konzept für die Energiewende sein. Brandt zufolge lässt der hohe Strompreis mittlerweile die Zustimmung zum erfolgreichsten bei vielen Bürgern

schwinden. Die Energiewende gehe derzeit lediglich „auf Zuruf“ vonstatten – von Planung keine Spur. Zudem sei ein Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude dringend notwendig.

Gleichwertige Lebensbedingungen

„Das neue Heimatministerium muss mit Kompetenzen ausgestattet werden, die eine Umsetzung von gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land ermöglichen“, lautete eine weitere Forderung des Bayerischen Gemeindetags.

Brandt zeigte sich enttäuscht über die Verortung des neuen Heimatministeriums: „Wir hätten uns gewünscht, dass es ein eigenes Ministerium wird. Jetzt ist es eher ein Heimatstaatssekretariat.“ Für den neuen Heimat-Finanzstaatssekretär Albert Füracker hatte der Gemeindefinanzbericht nur lobende Worte übrig: „Ich kenne ihn aus unserer gemeinsamen Zeit in der CSU-Grundsatzkommission. Er scheut sich nicht, anzuecken und unkonventionelle Wege zu gehen.“ Zu hoffen sei, dass der gebürtige Oberpfälzer auch die nötigen Kompetenzen erhält, um erfolgreich agieren zu können. **DK**

GZ

Kolumne

Lena Kürschner

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl ist vorbei und endete für die Grünen mit einem alles anderen als gutem Ergebnis. Nun geht die Suche nach den Ursachen los und an dieser Stelle möchte ich mich zu Wort melden. Es geht meines Erachtens bei den Ursachen nicht nur um ungeschickt verkaufte Steuererhöhungen, den Veggie-Day und 30 Jahre alte Geschichten. So blöd ist der Wähler nicht.

Während des Wahlkampfes haben die Grünen immer wieder einen sehr großen Teil der WählerInnen direkt oder indirekt beleidigt, diffamiert, diskriminiert und in Sippenhaft genommen und gleichzeitig die Freiheit besessen zu behaupten sie seien verschiedenen Lebensentwürfen gegenüber tolerant und wollten Wahlfreiheit schaffen. Die Familien wurden im Laufe des Wahlkampfes und auch schon davor, im Zuge der Betreuungsgeld-Debatte, immer mehr unter Beschuss genommen, nicht nur von den Grünen, aber auch. Und die Grünen haben nichts gesagt oder getan, um sie in Schutz zu nehmen und zu unterstützen, im Gegenteil, sie haben Wortkreationen, die an Unverschämtheit kaum zu überbieten sind, dankbar übernommen. Diese Wählergruppe meldet sich nicht groß zu Wort, denn dafür hat sie keine Zeit und Energie übrig. Ihre Kreuzchen bei der Wahl machen sie aber dennoch und zwar nicht bei den Parteien, die sie mit Worten wie Herdprämie, Fernhalteprämie, Verdummungsprämie, Schnapsprämie oder Vergleichen von Kindererziehung mit Museumsbesuchen verunglimpfen und beleidigen, sondern bei denen, wo sie sich mit ihren Problemen wenigstens ansatzweise verstanden fühlen. Die Grünen empfinden es als diskriminierend, wenn an Asylbewerber Gutscheine statt Bargeld ausgegeben werden, aber Familien darf man kein Bargeld in die Hand geben, weil sie nicht damit umgehen können? Ist das etwa keine Diskriminierung? Und wie lassen sich eine massive Subventionierung der Krippenbetreuung und überhaupt keine finanzielle Anerkennung der Familienbetreuung mit dem Gleichheitsgrundsatz unserer Verfassung in Einklang bringen?

80 % aller Kinder wachsen bei ihren verheirateten Eltern auf und 65 % aller Eltern wollen keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen und von den 35 %, die ihn in Anspruch nehmen wollen, tun das viele aus wirtschaftlichem Zwang heraus. Von „Wollen“ kann bei diesen also keine Rede sein. All diesen Eltern ist nun im Wahlkampf erzählt worden, ihre Kinder würden regelrecht verblöden und zu sozialen Pflegefällen werden, wenn man sie nicht in eine staatliche Einrichtung gibt. Und dann wundert man sich, wenn die nicht Grün wählen. Es ist richtig und wichtig, sich politisch auch um die Gruppen zu kümmern, die nicht dem „Normalfall“ entsprechen, oder entsprechen wollen. Jedoch ist das „auch“ in dem Satz entscheidend. Wer den „Normalfall“ als „überholungsbedürftig“ und „veraltet“ betitelt, braucht sich nicht wundern, wenn der „Normalfall“ sich von ihm abwendet.

Wie kommt es nun, dass die Politik einen so großen Anteil der Wähler missachtet, bzw. im Vorfeld nicht wahrzunehmen scheint? Es liegt in der Natur der Dinge, dass die Politik in allen Parteien geprägt ist von Menschen, die überwiegend kinderlos sind oder ihre Familie für die Karriere zurückgestellt haben. Wer das so leben möchte, der soll

das tun dürfen, er soll aber nicht seinen Lebensentwurf als Maß aller Dinge ansehen, sondern respektieren, dass andere Menschen andere Prioritäten setzen. Da es sich hierbei um Politiker handelt, die den „Bürgerwillen“ umsetzen sollen, müssen sie das sogar. Diejenigen, die ihre Kraft und ihre Zeit in ihre Kinder und Partnerschaften stecken, haben schlicht keine Zeit und keine Energie, sich auch noch auf dem politischen Parkett durchzubissen. Sie führen im Vorfeld von Wahlen keine Debatten darüber, wie sie sich Familienpolitik vorstellen, sondern wählen am Wahl-

Offener Brief zur grünen Familienpolitik

tag das für sie kleinere Übel. Das ist meiner Ansicht nach ein Grund dafür, weshalb die Grünen so schlecht abgeschnitten haben.

Für die vielen, vielen Familien, die sich eine echte Unterstützung für den selbst gewählten Lebensweg wünschen, ist „Grün“ in dem Fall keine Alternative. Die Grünen predigen eine pluralistische Gesellschaft, verhindern aber jeden Pluralismus durch das Emporheben eines Lebensentwurfes und die Herabwürdigung von anderen. Echte Toleranz sieht in meinen Augen anders aus.

Meines Erachtens liegt ein Grundproblem der Grünen darin, dass sie ideologisch in ihren Gründungsjahren stecken geblieben sind. Feminismus à la Alice Schwarzer, der alles verteufelt, was auch nur ansatzweise „altmodisch“ sein könnte. Sprich alles, was es schon lange gibt, ist automatisch schlecht. Das betrifft und trifft vor allem die Familienstrukturen.

Die Grünen haben immer dafür gekämpft, dass Frauen sich ihren Lebensweg selber aussuchen können und nicht von den Männern vorgeschrieben bekommen. Das ist sehr verdienstvoll, schlägt langsam aber sicher allerdings darin um, dass nun die Grünen meinen, den Königsweg für alle Frauen zu kennen. Nämlich einen, den Männern identischen Erwerbslebenslauf. Kinder werden zwar vordergründig als erwünscht und wichtig erachtet, bei allen Vorschlägen zur Problemlösung (Altersarmut, Renten, Fachkräftemangel, ...) tauchen sie aber eher als „Störfall“ auf, den man so schnell wie möglich abgeben muss, um im Arbeitsleben so tun zu können, als hätte man keine Kinder. Die Grünen sind in dieser Hinsicht vollständig auf Linie der Wirtschaft, zu der sie sich doch eigentlich immer als Korrektiv verstanden haben. Warum haben die Grünen so wenig Phantasie, wenn es darum geht, Frauen aus Abhängigkeit und Altersarmut zu befreien? Dass das wichtige und lobenswerte Ziele sind, stelle ich gar nicht Abrede, ich denke aber, eine Gesellschaft wie die unsrige könnte dem Bedürfnis von Kindern und Eltern nach Zeit und Nähe vor allem in den ersten Lebensjahren kreativer begegnen, als nur dadurch, dieses Bedürfnis zu ignorieren oder – schlimmer noch – als hinterwäldlerisch zu diffamieren.

Die Frauen meiner Generation sind in dem Wissen aufgewachsen, dass sie selber ihren Weg bestimmen sollen und dürfen. Und das machen sie jetzt auch. Sie wählen selber ihren Beruf und ihren Weg und der scheint nicht so auszufallen, wie sich das die FrauenrechtlerInnen von damals gewünscht hätten. Sie entscheiden sich vielfach für den Weg „Hausfrau und Mutter“ solange die Kinder klein sind, und mit Klein meine ich, ungefähr bis sie in die Schule kommen und nicht,

bis sie sich am Stuhl hochziehen.

Ich habe nie verstanden, wie eine Partei, die sich Rücksichtnahme gegenüber der Natur auf ihre Fahnen geschrieben hat, davon ausgehen kann, dass eine Gesellschaft auf die natürliche Basis des Menschseins keine Rücksicht nehmen muss. Einer Gelbbauchunke wird von den Grünen mehr Respekt entgegengebracht als einem weinenden Kleinkind oder einer Mutter, die geme und mit ganzer Seele Mutter ist.

Am erschreckendsten finde ich in der ganzen Diskussion eigentlich, dass die Perspektive des Kindes fast vollständig ausgeblendet wird. Kein Kind, das noch nicht mal laufen, geschweige denn sprechen kann, trennt sich geme den ganzen Tag von der Hauptbezugsperson, in der Regel der Mutter. Ein einjähriges Kind braucht kein Bildungsprogramm. Es braucht ein Bindungs-„Programm“. Immer mehr Forschungsergebnisse zeigen, wie problematisch frühe Fremdbetreuung sein kann. Warum wird das von der Politik so konsequent ignoriert? Warum soll mühsam eine „Ersatzbindungsperson“ konstruiert werden, wenn in den meisten Fällen das Original zur Verfügung steht? Lassen wir doch so viel wie möglich die Kinder entscheiden, wann sie zu welchem Ablösungsschritt in der Lage sind. Sie können sich selbst am besten einschätzen! Ohne Frage ist es für manche Kinder besser, die ersten Lebensjahre überwiegend in der Krippe zu verbringen, als in ihrer Familie. Das kleinere Übel für die einen ist aber immer noch ein Übel, und zwar ein unnötig großes für die Mehrzahl der Kinder, die in Familien aufwachsen, die in der Lage sind, sie zugewand und fördernd zu betreuen.

Natürlich ist diese Haltung den Familien gegenüber nicht der einzige Grund, sind das nicht die einzigen Wähler, die den Grünen bei dieser Wahl „verlorengegangen“ sind, aber sie machen einen beträchtlichen Teil der gesamten Wählerschaft aus. Würden sich die Grünen die Mühe machen, diese Wählerschaft ernst zu nehmen, statt sie mit dem Eltern-Bashing aufhören und Unterstützung bieten, da, wo sie gebraucht und gewollt(!) wird, könnten sie eine große Anhängerschaft gewinnen. Diese Familien wollen Sicherheit für sich und ihre Kinder; sie wollen nicht dafür bestraft werden, dass sie sich um die Generation kümmern, die die älter werdende Gesellschaft später „durchbringen“ muss. Gerade diese Wählerschaft ist aber zum Großteil durchaus in ihrer Grundhaltung „grün“. Sie will eine ökologische und nachhaltige Energie- und Wirtschaftspolitik, denn sie wissen wofür: für ihre Kinder!

Es ist mir sehr wichtig, dass diese Diskussion öffentlich und über alle Parteigrenzen hinweg geführt wird, denn auch die anderen Parteien haben sich in ähnlicher Weise geäußert. Aus diesem Grund, geht dieser Brief nicht nur intern an die Grünen, sondern auch an einige ausgewählte überregionale Medien. Ich wünsche mir eine sachliche Debatte ohne verbale Grenzüberschreitungen und persönliche Attacken.

Erst wenn eine Schwangerschaft auch am Arbeitsplatz mit „Wie schön, wie können wir Dir helfen!“, und nicht mit „Oh Gott, und jetzt? Such schon mal einen Krippenplatz, dass Du schnell wieder arbeiten kannst!“ kommentiert wird, sind wir ein wirklich familienfreundliches Land.

Ihre Lena Kürschner
Vorstandsmitglied eines Ortsverbandes der GRÜNEN und Mandatsträgerin im Stadtrat von Hann. Münden

Paradebeispiele...

(Fortsetzung von Seite 1)

Absicherung von Anzählungen nicht verpflichtend vorschreiben, hätte sich die Gemeinde Dittelbrunn bei mehr Wachsamkeit den Schaden ersparen können, bemängelt der Bund der Steuerzahler.

Schwierig gestaltete sich die Errichtung eines Löschwasserbehälters im Ortsteil Wernstein des Marktes Mainleus im Landkreis Kulmbach. Nachdem zunächst zwei geplante Standorte in der Nähe des Feuerwehrhauses sich für die Errichtung des erdüberdeckten Löschwasserbehälters nicht als tauglich erwiesen hatten, erstellte man den sogenannten „Wernsteiner Löschwasserbehälter“ an einem dritten nahegelegenen Standort im November 2012 im Umfeld des denkmalgeschützten Areal des Schlosses Wernstein. Für die Errichtung des Betonbehälters, einschließlich Erdarbeiten und Geländeneivellierung, hat der Markt Mainleus rund 47.000 Euro ausgegeben.

Rückbau

Nach Fertigstellung des Löschwasserbehälters staunte man nicht schlecht. Statt eines ebenerdigen, erdüberdeckten Behälters wurde ein um mindestens ca. 70 Zentimeter über das Gelände herausragender Behälter errichtet. Einen solchen Löschwasserbehälter wollte man aber nicht haben. Wohl auch auf Druck einer Bürgerinitiative „Weg mit dem Betonklotz“ erfolgte kurzerhand der Rückbau des Behälters im April dieses Jahres. Der Abbruch mit entsprechenden Erdarbeiten erforderte weitere 14.280 Euro. So wurden insgesamt über 60.000 Euro im wahrsten Sinne des Wortes „in den Sand gesetzt“.

Rechtzeitig gestoppt wurde hingegen das Projekt „Stadthaus-Aufzug“ in Ansbach – Kostenpunkt: über 400.000 Euro. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler wäre dieser Aufzug nicht für alle Rollstuhlarten geeignet gewesen, weswegen der Verein protestierte. Letztendlich sperrte der Ansbacher Stadtrat die Gelder für das Projekt und stoppte damit das Vorhaben – sicher auch wegen der 3.000 Unterschriften, die eine Bürgerinitiative gegen das Vorhaben gesammelt hatte. Das Geld soll nun in die barrierefreie Sanierung des sogenannten Rathaus-Areals fließen. „Eine vernünftige Entscheidung“, meint der BdSt.

„Handelte man in der Gemeinde Schonstett im Landkreis Rosenheim bei der Errichtung einer Stützmauer zur Absicherung eines neuen Radwegs nahe Gemeinde Schonstett etwa zu voreilig?“, fragt der Bund der Steuerzahler. Die Mauer wurde 2011 für rund 20.000 Euro errichtet. Leider stand sie auf Privatgrund. Deshalb wurde sie im Jahr 2012 wieder abgerissen und 40 Zentimeter versetzt neu gebaut.

Nicht gerade begeistert war man im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, als bekannt wurde, dass die erst vor ca. zehn Jahren für rund 120 Mio. Euro neu errichtete Pinaokothek der Moderne in München von Februar bis September 2013 wegen dringender Sanierungsarbeiten geschlossen werden musste. An der fugenlos verputzten Innenoberfläche der 21 Meter hohen Rotunde des Museumsbaus hatten sich Risse gebildet, die wohl auf ein chemisches Quellen des Mauerwerks zurückzuführen waren. Die Kosten für die Instandsetzung belaufen sich auf rund 750.000 Euro.

Um während der Schließungszeit den Museumsbesuchern eine Alternative anbieten zu können, wurde neben der Baustelle eine „Schaustelle“ errichtet. In diesem temporären, 17 Meter hohen Ausstellungspavillon mit Aussichtsplattform, konnten „multimediale Bildwelten“, Performances, Ausstellungen, Filmvorführungen und

vieles mehr bewundert werden. Die Kosten hierfür belaufen sich ebenfalls auf rund 750.000 Euro, wovon zwei Drittel durch Sponsoren getragen werden. Trotzdem: Ein teurer „Hingucker“ auch für die Steuerzahler.

Baukostensteigerung

Aus dem Ruder gelaufen sind die Kosten für die seit dem Jahr 2008 andauernde Sanierung des Deutschen Theaters in München. Der Münchner Stadtrat hatte dafür im Jahr 2008 ein Budget von 79,5 Mio. Euro genehmigt. Mittlerweile ist man bei Kosten in Höhe von 94 Mio. Euro angelangt. Ursächlich für die Kostensteigerung waren u. a. eine Angleichung der Baukosten an das aktuelle Preisniveau, zusätzliche Maßnahmen und die Anpassung der Bauherrenrisikoreserve.

Doch nicht nur die ursprünglich veranschlagten Kosten mussten nach oben korrigiert, auch der für Oktober 2013 geplante Eröffnungstermin musste verschoben werden. Es wird nun Januar 2014 werden, bis das Deutsche Theater mit seiner Premiere starten kann. „Wenn auch nach Mitteilung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München die aktuellen Sanierungskosten um 32 Prozent unter den Kosten der ursprünglich geplanten großzügigeren Sanierung aus dem Jahr 2003 liegen, so ist dies wenig tröstlich für die Münchner Steuerzahler, die die millionenteure Kostensteigerung zu schultern haben“, meint der Steuerzahlerbund.

Kurios ist auch die Errichtung des Pavillons 21 MINI Opera Space auf dem Marstallplatz als zusätzlicher Theateraum der Bayerischen Staatsoper für die Münchner Opernfestspiele 2010 und 2011. Der spektakuläre Bau mit rund 300 Sitzplätzen wurde als mobile Spielstätte zur Ermöglichung experimenteller Darstellungsformen konzipiert, die schnell ab- und innerhalb weniger Tage an anderer Stelle wieder aufgebaut werden sollte. Die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf rund 3,25 Mio. Euro, immerhin rund eine Million Euro wurde aus Steuergeldern finanziert.

Als „weltweit wahrnehmbares, zeitgenössisches kulturelles Zeichen“ sollte der Pavillon nach seiner Bespielung in München in andere Städte im In- und Ausland auf Reisen gehen und für die Bayerische Staatsoper Werbung machen. Dazu kam es wegen nicht vorhersehbarer Bau- und Konstruktionsmängel jedoch nie.

Der teure Pavillon dämmerte bis November 2012 – in seine Einzelteile zerlegt – in einer Lagerhalle ungenutzt vor sich hin. Dafür hatten wiederum die Steuerzahler eine monatliche Miete, einschließlich Nebenkosten, von rund 3.500 Euro zu berappen. Insgesamt wurden 96.173 Euro für Mietkosten ausgegeben. Inzwischen ist der Pavillon in Einzelteilen verkauft worden. Der Erlös: 15.218 Euro. Ein „Draufzahlgeschäft“ für die Steuerzahler.

Bereits im Schwarzbuch 2012 hatte der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) von sich reden gemacht, da die Sanierung der vor rund 15 Jahren errichteten Tiefgarage des AWM aus dem Ruder lief. Die Kosten beliefen sich auf über 11 Mio. Euro, die in die Müllgebührenkalkulation eingeflossen sind. Doch damit nicht genug. Jetzt startet der AWM eine teure Werbekampagne für Maßnahmen zur Förderung von Abfallvermeidung und Abfalltrennung. In den vergangenen fünf Jahren lag das durchschnittliche Budget für diese Maßnahmen bereits bei rund 400.000 Euro jährlich. Das Werbebudget wird nun für die nächsten vier Jahre auf insgesamt 2,7 Mio. Euro angehoben, um insbesondere eine höhere Kundenbindung zu erreichen.

Da zwei Drittel der erwirtschafteten Erlöse des AWM auf die Entsorgung von Hausmüll und Gewerberestmüll entfallen, für die ohnehin ein Anschluss- und Benutzungszwang besteht und der AWM insoweit eine gewisse Monopolstellung innehat, ist aus Sicht der Münchner Gebührenzahler ein millionenhohes Werbebudget kaum noch nachvollziehbar.

„Wenn auch der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt

München die beabsichtigte Werbekampagne des AWM für erforderlich und sachlich gerechtfertigt hält, um den Münchner Bürgerinnen und Bürgern einen kundenorientierten Service bei dauerhaft gutem Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten, so sind es letztlich doch wieder die Münchner Gebührenzahler, die die kostenintensive Werbekampagne zu bezahlen haben“, kritisiert der Bund der Steuerzahler. **DK**

Ursachen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Verbandspräsident begrüßte in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass Bund und Länder weitere Entlastungen auf der Ausgabenseite in Aussicht gestellt haben. „Von besonderer Relevanz für die Kommunen ist insoweit die angekündigte Erarbeitung eines neuen Bundesleistungsgesetzes für behinderte Menschen. Allerdings liegt die Tücke im Detail, weil es verfassungsrechtliche Hürden zu überwinden gilt, eine Reform nicht zu Leistungs- und damit Kostensteigerungen führen darf und kommunale Entscheidungsspielräume erhalten werden müssen.“ Darüber hinaus dürften die Kostenentlastungen nicht in den Länderhaushalten „hängenbleiben“, sondern auch tatsächlich den Landkreisen und Gemeinden zugute kommen.

„Schnelle Hilfen“

Vor dem Hintergrund der von potenziellen Koalitionspartnern in Berlin derzeit erörterten „schnellen Hilfen“ für die Kommunen unterbreitete Duppré neben der Zuweisung von Umsatzsteuerpunkten einen weiteren Vorschlag, der gesetzestechnisch einfach umzusetzen wäre, schnell Wirkung entfalten und zielgenau die Kommunen entlasten würde, ohne sonstige strukturelle Fragen aufzuwerfen: „Wir schlagen eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den kommunalen Ausgaben für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und ihre Familien in Höhe von 49 % vor. Bisher beteiligt sich der Bund an den Gesamtausgaben der Landkreise und kreisfreien Städte von knapp 14 Mrd. Euro mit 4,38 Mrd. Euro. Würde er 49 % der Kosten übernehmen, würden die Kommunen – und nur sie – dauerhaft um etwa 2,4 Mrd. Euro jährlich zusätzlich entlastet.“ Dies sei ein eleganter Weg, zügig eine kommunale Entlastung im Rahmen der bestehenden Regelungen herbeizuführen.

Stichwort Asyl: Das Präsidium des Deutschen Landkreistages forderte vor allem die Länder auf, die Landkreise bei der Bewältigung der sich aus der wieder steigenden Zahl von Asylbewerbern ergebenden Probleme nachhaltig zu unterstützen. Duppré zufolge „beurteilen viele Landkreise die seitens der Länder gewährte Unterstützung bei der Unterbringung von Asylbewerbern als nicht ausreichend, weil die bei den Landkreisen entstehenden hohen Kosten nicht übernommen werden“.

Auch solle an dem gesetzlich vorgesehenen Vorrang der zentralen Unterbringung von Asylbewerbern ebenso wie an dem Vorrang von Sachleistungen vor Geldleistungen festgehalten werden. Zudem sei die Durchführung von Asylverfahren deutlich zu beschleunigen. Das gelte vor allem für Anträge von Asylbewerbern aus Ländern, deren Staatsangehörige sich nach der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge faktisch nie auf das Asylrecht berufen könnten. „Jedenfalls sollten wir keine Anreize zum – auch nur übergangsweisen – Missbrauch des deutschen Asylrechts setzen.“

Die Zahl der Asylanträge nehme seit einigen Jahren wieder kontinuierlich zu. Ausgehend von einem Tiefstand im Jahr 2008 mit

28.000 Anträgen seien die Antragszahlen seither Jahr für Jahr angewachsen und erreichten 2012 einen Stand von knapp 80.000. „Für 2013 gehen wir von mindestens 100.000 Anträgen aus. Der weitaus größte Teil der Asylbewerber ersten Halbjahr 2013 stammte aus der Russischen Föderation mit 23 %, gefolgt von Syrien mit gut 10 %. Nach wie vor eine große Rolle spielen auch Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien, die einen Anteil von knapp einem Zehntel erreichen“, erläuterte der Landkreistagschef.

Das Problem bestehe darin, dass Asylanträge von Menschen aus den Balkanstaaten praktisch nie erfolgreich seien: So sei im Juni lediglich einer von über 4.400 Asylanträgen von Serben positiv beschieden worden; in weiteren 17 Fällen wurden Abschiebungsverbote festgesetzt. „Die sogenannte Schutzquote liegt damit bei 0,5 Prozent, bei Mazedoniern sogar nur bei 0,2 Prozent“, machte Duppré deutlich. Das Asylrecht werde mithin derzeit häufig von Menschen in Anspruch genommen, die nicht politisch verfolgt seien, sondern sich in Deutschland bessere Lebensbedingungen als in ihren Heimatländern erwarteten. Vor diesem Hintergrund sei es notwendig, Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren zu ergreifen: „In zahlreichen Landkreisen wird zu Recht befürchtet, dass es – wie schon im letzten Winter – erneut zu Problemen bei der Unterbringung von Asylbewerbern kommen wird.“

Auch gehe es um die Kompensation der finanziellen Aufwendungen der Landkreise bei der Unterbringung von Asylbewerbern: „Diese hohen Kosten müssen vollumfänglich von den Ländern übernommen werden. Sie sind nach den entsprechenden landesverfassungsrechtlichen Konnektivitätsregeln dazu verpflichtet, da sie den Landkreisen diese Aufgabe übertragen haben.“

Kostenübernahme

Dies gelte auch für die Aufnahme syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge, wobei nicht der Eindruck entstehen dürfe, Deutschland wolle seiner humanitären Pflicht nicht nachkommen. „Allerdings ist auch diesbezüglich festzustellen, dass die Länder die Kosten der Landkreise bei der Flüchtlingsunterbringung zu tragen haben. Dieser gesetzlichen Verpflichtung müssen die Länder uneingeschränkt nachkommen.“

Außerdem sei dem Deutschen Landkreistag wichtig, dass Deutschland am Vorrang der Gewährleistung von Sachleistungen bzw. Wertgutscheinen vor Geldleistungen festhalte. Bei reinen Geldzahlungen bestehe immer die immens große Gefahr, dass derartige Leistungen als zusätzlicher Anreiz verstanden würden, auch ohne rechtliche Grundlage nach Deutschland einzureisen. „Es ist eine klar zu trennende Frage, ob es um die Integration von hier lebenden Migranten, die wir unterstützen und befördern, oder ob es – wie bei Asylbewerbern – zunächst nur um einen vorübergehenden und oftmals erkennbar begrenzten Aufenthalt geht. Einem offensichtlichen Missbrauch des Asylrechts dürfen wir jedenfalls nicht sehen. Augen Vorschub leisten“, erklärte der DLT-Präsident.

Unterstützt wird vom Deutschen Landkreistag die in Anknüpfung an die Empfehlungen der Bodewig-Kommission erhobene Forderung der Verkehrsministerkonferenz nach einem rund 40 Mrd. Euro umfassenden Sonderinvestitionsprogramm, um den bei Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen entstandenen Investitionsstau abzubauen. „Dies ist der erste Schritt und eine wesentliche Voraussetzung dafür, künftig zu einer nachhaltigen Sicherung des bislang unterfinanzierten laufenden Bestandserhalts von Bundes-, Landes- und Kommunalstraßen zu gelangen. Um den Bestandserhalt dauerhaft abzusichern, ist auch die Lkw-Maut auszuweiten sowie eine entfernungsunabhängige Pkw-Maut einzuführen“, hob Duppré hervor. Außerdem forderte er die Länder dazu auf, zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen auch über 2013 und 2019 hinaus angemessene Finanzmittel für den Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen.

Die Sicherung des Bestandserhalts sei für die Zukunft des Standorts Deutschland von größter Wichtigkeit. „Die verfügbaren Mittel für den laufenden Kreisstraßenunterhalt erreichen derzeit in keinem Bundesland die für den Bestandserhalt notwendige Höhe. Vielmehr belaufen sich die Ausgaben gerade einmal auf maximal Dreiviertel des Bedarfs, in vielen Bundesländern sogar noch nicht einmal auf die Hälfte.“

Erhaltungsmaßnahmen

Eine zweckgerichtete, bedarfsgerechte, überjährige Mittelausstattung – wie sie auch die Verkehrsministerkonferenz im Anschluss an die Empfehlungen der Bodewig-Kommission fordert – sei daher von besonderer Bedeutung für den dauerhaften Erhalt und Betrieb. „Erst sie ermöglicht es, dass notwendige Erhaltungsmaßnahmen nicht aus finanziellen Gründen aufgeschoben werden müssen, sondern zeitnah angegangen werden können. Das rechtzeitige Ergreifen von Erhaltungsmaßnahmen vermeidet eine weitere Schadensvertiefung und wird regelmäßig zu insgesamt niedrigeren Erhaltungskosten führen.“

Um eine ausreichende Finanzierung des Bestandserhalts für die Zukunft sicherzustellen, werde man zudem nicht umhin kommen, zusätzlich eine verstärkte Nutzerfinanzierung vorzusehen: „Da vom Lkw-Verkehr die mit Abstand größte Infrastrukturbelastung ausgeht – ein Lkw mit 40 t belastet die Straßen wie 60.000 Pkw – muss hier der größte Beitrag geleistet werden. Dies sollte über eine Ausdehnung der Lkw-Maut geschehen.“ Die Einführung einer Pkw-Maut komme dem gegenüber nur ergänzend und nur als Vignettenlösung in Betracht, um unverhältnismäßigen Erfassungsaufwand, datenschutzrechtliche Schwierigkeiten und eine zusätzliche Belastung von Pendlern zu vermeiden. „Dabei ist sicherzustellen, dass die damit zu erzielenden zusätzlichen Einnahmen zweckgebunden für den Bestandserhalt der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden“, so der Verbandschef.

Bezogen auf den Neu- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sagte Duppré: „Auch nach der zwischen Bund und Ländern erzielten Einigung über die Revision der Entflechtungsmittel sind die Länder für die angemessene Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Kommunen letztverantwortlich. Sie sind daher entsprechend der gemeinsam vorgelegten Defizitanalyse aufgefordert, für den Zeitraum 2014 bis 2019 die Gemeindeverkehrsfinanzierung von 1,335 Mrd. Euro auf 1,96 Mrd. Euro aufzustocken. Dies entspricht dem von der Verkehrsministerkonferenz selbst festgestellten Bedarf.“

Nach 2019 gingen die für die

Gemeindeverkehrsfinanzierung erforderlichen Mittel in einer Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs auf. „Die Länder sind aufgefordert, die erforderlichen Mittel auch nach Wegfall der verkehrsspezifischen Zweckbindung im Entflechtungsgesetz nach 2013 und über 2019 hinaus durch eine entsprechende gesetzliche Bindung uneingeschränkt für verkehrliche Zwecke bereitzustellen und an die Kommunen weiterzuleiten“, stellte der Präsident klar. Die für verkehrliche Zwecke eingesetzten Regionalisierungsmittel des Bundes müssten den Ländern dabei unvermindert weiter zur Verfügung stehen.

Daseinsvorsorge

Stichwort Daseinsvorsorge: Der Deutsche Landkreistag unterstützt beihilferechtliche Klagen der Bundesrepublik Deutschland und des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Hessen gegen die Europäische Kommission. Gegenstand ist die Frage, ob die Umlage der betroffenen Landkreise an den Zweckverband unzulässige Beihilfen darstellen. Nach Dupprés Worten „geht es allein um die Beseitigung der mit hohen Gesundheitsrisiken behafteten und einem Markt nicht offenstehenden Materialien sowie die Vorhaltung einer Seuchenreserve. Das sind Aufgaben der Daseinsvorsorge mit der Folge, dass die Kommission in ihrer Bewertung erheblich eingeschränkt ist. Im Übrigen müssen die Landkreise selbst darüber entscheiden dürfen, in welcher Form sie ihre Aufgaben wahrnehmen.“ Es sei wieder eine klare Grenzüberschreitung der Kommission, hier faktisch eine neue Privatisierungsdiskussion zu beginnen. Wie schon bei der Wasserversorgung oder beim Rettungsdienst sei Brüssel offenbar der Auffassung, es bestehe eine Binnenmarktrelevanz.

Das Präsidium des Deutschen Landkreistages vertrete die Auffassung, dass die Landkreise aufgrund des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung über die Form ihrer Aufgabenerfüllung selbst entscheiden könnten, insbesondere darüber, ob sie einen Markt eröffnen oder eine Dienstleistung selbst erbrächten. „Es kann nicht angehen, dass die Kommission nun bereits zum wiederholten Male die Grundprinzipien kommunaler Selbstverwaltung in Frage stellt. Auch der Lissabon-Vertrag erkennt diese mittlerweile ausdrücklich an. Die Aufgabenerfüllung unter Zuhilfenahme kommunaler Zweckverbände erfolgt auf öffentlich-rechtlicher Grundlage und hat mit der Leistungserbringung durch Private nichts zu tun“, verdeutlichte Duppré.

Seuchenreserve

Im konkreten Fall seien die Landkreise und kreisfreien Städte sogar gesetzlich zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte verpflichtet und hätten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung das Recht, über die Art und Weise der Aufgabenerfüllung selbst zu entscheiden. Auch die Frage, wie und in welcher Dimension dabei die erforderliche Seuchenreserve sichergestellt wird, sei nach den europäischen Verträgen allein in den Mitgliedstaaten zu beantworten. „Wir müssen allerdings leider nun zum wiederholten Male die Erfahrung machen, dass sich die EU-Kommission aufschwingt zu definieren, was als sog. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse eingestuft wird und was nicht. Der Vertrag von Lissabon sagt hier allerdings ganz klar, dass dies und die Organisation der Aufgabenerfüllung vorrangig Aufgaben der Mitgliedstaaten sind und seitens der Kommission nur bei offenkundigem Missbrauch hinterfragt werden kann“, stellte der Präsident abschließend klar. **DK**

GVB-Positionen zur Wahlperiode 2013-2017:

Verlässliche Finanzierung sichern

Angesichts der Koalitionsgespräche auf Bundesebene hat der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) ein Positionspapier veröffentlicht. Laut GVB-Präsident Stephan Götzl „ist es uns wichtig, in diesen entscheidenden politischen Tagen nochmals auf grundlegende Interessen der mittelständischen Wirtschaft hinzuweisen“.

Dazu zählen zuvörderst eine stabile Finanzarchitektur in Deutschland und die Abwehr von Versuchen der EU-Kommission, diese auszuhöhlen. Götzl verweist darauf, dass die Vielfalt an Geschäftsmodellen der Banken eine Stärke der mittelstandsgeprägten deutschen Wirtschaft sei.

Bankenstruktur erhalten

„Der Erhalt der dreigliedrigen Bankenstruktur in Deutschland muss deshalb strategisches Interesse deutscher Europapolitik bleiben“, so der bayerische Genossenschaftspräsident. Schließlich sichere diese die verlässliche Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen, zu denen über 99 Prozent aller deutschen Betriebe gehören.

Mit Blick auf die geplante Eu-

ropäische Bankenunion ist der GVB der Auffassung, dass diese nur dann zu mehr Systemstabilität beitragen kann, wenn die Regulierungsmaßnahmen in der richtigen Reihenfolge umgesetzt werden. Zuerst seien in den Mitgliedsstaaten gemeinsame Mindeststandards für die Ausgestaltung der nationalen Einlagensicherung notwendig. Darauf könne die Bankenabwicklung aufbauen.

Für klare Regelungen

Notwendig sei ein effektives Instrumentarium zur Restrukturierung und Abwicklung großer, international tätiger Banken. In Europa müsse es dafür klare gesetzliche Regeln geben. „Deshalb muss die Bankenabwicklungsrichtlinie

in Kraft gesetzt werden. Erst wenn die Basis der Bankenunion aus Einlagensicherung und Bankenabwicklung steht, kann die EZB im dritten Schritt die Aufsicht über Großbanken zielgerichtet ausüben. Dann kann sie Hinweise auf Bankschieflagen geben, ohne dadurch die Finanzstabilität zu gefährden“, betont der Genossenschaftsverband.

Gegen Haftungsgemeinschaft

Auch weist dieser darauf hin, dass es eine Haftungsgemeinschaft der Banken in Europa durch eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung und Zentralisierung von Sicherungsfonds nicht geben dürfe, denn: „Verantwortung und Haftung für geschäftspolitische Entscheidungen gehören zusammen.“

Mit der Umsetzung der Basel III-Regeln in europäisches Recht tritt 2014 das wohl wichtigste Regelwerk seit Beginn der Finanzkrise in Deutschland in Kraft. Die

Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften an Kreditinstitute wirke sich unmittelbar auf die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen aus. „Die für die konkrete Ausgestaltung der Anforderungen zuständige Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) muss dabei insbesondere die für die deutsche Wirtschaftsentwicklung wesentliche Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen berücksichtigen.“

Einlagengeschäft

Das Einlagengeschäft sei weiterhin originär von Banken und nicht vom Staat zu betreiben, führt der GVB weiter aus. Die auf EU-Ebene diskutierte Einführung eines EU-Sparkontos mit staatlich garantierten oder steuerbegünstigten Renditen bremse die Investitionstätigkeit anstatt sie zu beschleunigen. Denn sie führe zu einer Fehlallokation von Kapital zu Lasten von Investitionen im privaten Sektor.

Eine künstliche staatliche Konkurrenz um private Spareinlagen in Europa verzerre zudem den zwischen den Banken bereits intensiv geführten Wettbewerb um Kundengelder und erschwere so die Refinanzierung der Banken. „Besser als mehr staatliches Bankgeschäft ist deshalb eine stärkere Förderung der Sparbemühungen der Bürgerinnen und Bürger bei ihren Hausbanken.“

Systemwechsel

Durch die Einführung der Abgeltungssteuer in Deutschland wurden wesentliche Bereiche der Steuererhebung und Administration auf die Kreditinstitute verlagert. Dieser Systemwechsel führt laut GVB jedoch zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand bei der Gewinnverteilung von Dividenden. Betroffen seien insbesondere ländliche und gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften.

Ein im Vergleich zu den ausbezahlten Beträgen unverhältnismäßig hoher Aufwand gefährde langfristig die Rechtsform Genossenschaft im Bereich der Bürgergenossenschaften. Um das zu verhindern, müssten Regelungen geschaffen werden, die den Aufwand bei der Auszahlung der Dividenden beschränken. Dies betreffe insbesondere die Kirchensteuerabzugspflicht sowie die Berücksichtigung von Freistellungsaufträgen und Nichtveranlagungsbescheinigungen.

Neben Forderungen zum Erhalt der gewachsenen und bewährten deutschen Bankenstruktur sowie dem Themenfeld Steuerpolitik beinhaltet das Positionspapier auch Standpunkte zu den Themen Verbraucherschutz, Energie- und Agrarpolitik. **DK**

1,4 Milliarden Euro für den bayerischen Mittelstand

LfA Förderbank Bayern finanziert verstärkt Energieeffizienz

In den ersten neun Monaten des Jahres hat die LfA Förderbank Bayern mittelständischen Unternehmen rund 1,4 Milliarden Euro an zinsgünstigen Krediten zugesagt – ein Plus von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Unternehmen nutzen die langfristigen Förderkredite der staatlichen Spezialbank zur Verwirklichung von Vorhaben in Höhe von rund 2,1 Milliarden Euro. Dabei geht es vor allem um nachhaltige Projekte wie neue Maschinen und Anlagen sowie immer mehr um Umweltschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner: „Ein goldener Herbst für Bayerns Mittelstand: Die Unternehmen arbeiten mit Volldampf an ihrer Zukunft und investieren mit Hilfe der Förderkredite klug in ihre Wettbewerbsfähigkeit. Besonders im Fokus steht dabei die Kreditnachfrage für Energieeffizienz- und Umweltschutzinvestitionen – das ist der Weg, den wir im Rahmen der Energiewende verstärkt begleiten werden. Ebenso erfreulich ist, dass mit den von der LfA geförderten Investitio-

nen in Bayern 135.000 Arbeitsplätze gesichert und über 7.300 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden.“

„Über 4.800 Firmen in Bayern haben unsere Förderkredite genutzt – das sind 1.000 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die hohe Nachfrage aus allen Branchen des Mittelstands zeigt, dass sich kleine und mittlere Unternehmen jetzt eine zinsgünstige und langfristige Finanzierung ihrer Vorhaben sichern möchten“, macht LfA-Chef Dr. Otto Beierl deutlich. **□**

Bisherige Finanzmarktregulierung:

Götzl fordert Überprüfung

Ein kritisches Zwischenfazit zu fünf Jahren Finanzmarktregulierung zieht der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Stephan Götzl. Er fordert eine differenzierte Bestandsaufnahme zu den Wechselwirkungen europäischer und nationaler Regulierungsmaßnahmen.

In seiner Begründung verweist der Präsident der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken darauf, dass allein EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier seit 2008 rund 30 Gesetzesprojekte präsentiert habe. Inzwischen überholen sich die Regulierungsinstrumente sogar. Ein aktuelles Beispiel hierfür sei die Bankenabwicklung.

Götzl: „Noch bevor der Entwurf einer Richtlinie zur Abwicklung und Sanierung von Finanzinstituten (BRRD) vom Juni 2012 in den EU-Mitgliedsstaaten verabschiedet werden konnte, hat Brüssel im Juli 2013 mit dem einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung (SRM) ein Gesetz mit nahezu identischem Regelungsgegenstand vorgelegt.“ Zudem sei auch der Bundesgesetzgeber in den vergangenen Jahren nicht untätig gewesen. Zu seinen Erlassen gehören unter anderem das Gesetz zur Reform der nationalen Finanzaufsicht, das Trennbankengesetz, die Einführung von Produktinformationsblättern, das Beraterregister, das Honoraranlageberatungs-gesetz und die Bankenabgabe.

Angesichts dieser breiten legislativen Aktivitäten im Finanzsektor fordert Götzl, dass die politischen Akteure sowohl in Brüssel

als auch in Berlin eine regulatorische Orientierungspause einlegen. Der Wechsel der Legislaturperioden auf Bundes- und demnächst auf Europaebene sei die richtige Gelegenheit. Er sollte genutzt werden, um die bisher umgesetzten Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte auf Effizienz und Effektivität zu prüfen.

Dazu gehöre, so Götzl, „dass die gesetzlichen Vorschriften aufeinander abgestimmt, vereinfacht und evaluiert werden“. Anstelle von Quantität müsse die Qualität der Vorschriften wieder in den Vordergrund rücken, hält der bayerische Genossenschaftspräsident fest. Er tritt dafür ein, bei allen Regulierungsmaßnahmen sorgfältig abzuwägen, ob mit ihnen künftiges Fehlverhalten im Finanzsektor vermieden werden könne. Zudem gelte es, die Auswirkungen auf die Verbraucher zu berücksichtigen. Schließlich sei zunehmend zu beobachten, dass sich Banken aufgrund des bürokratischen Aufwands aus der Wertpapierberatung zurückziehen beziehungsweise ihre Produktpalette einschränken. „Wenn sich Banken aber wegen überzogener Regulierung aus der Kundenberatung verabschieden, dann schadet das dem Anlegerschutz“, erklärt Götzl. **□**

Studie des Umweltbundesamts:

Energie-Selbstversorgung von Kommunen rechnet sich kaum

Bad Wörishofen hat eine Vision: Bis 2020 will der Kneippkurort im Landkreis Unterallgäu energieautark sein. Dafür sollen der Ausbau der regenerativen Energien, die energetische Gebäudesanierung und Investitionen in Elektromobilität sorgen. Damit steht die Gemeinde beispielhaft für einen bundesweiten Trend, denn immer mehr deutsche Kommunen befassen sich derzeit mit der Möglichkeit der energetischen Selbstversorgung. Ziel ist es, durch alternative Energieerzeugung vor Ort unabhängig von großen Versorgern und deren Preisdiktat zu werden.

Wie eine vom Umweltbundesamt (UBA) in Auftrag gegebene Studie zeigt, lässt sich diese Form der lokalen Autarkie in Einzelfällen unter günstigen Bedingungen zwar umsetzen; jedoch eignet sich das Konzept nicht für eine bundesweit tragfähige regenerative Energieversorgung. Deshalb sei der Netzausbau weiterhin von zentraler Bedeutung für das Gelingen des begonnenen Ausbaus der

Atomkraft und der flächendeckenden Umstellung auf regenerative Energien.

Exemplarische Siedlungen

Das Umweltbundesamt spielt die Potentiale von Regionen durch, die sich komplett selbst versorgen. Wissenschaftler der Behörde modellierten zwei exemplarische Siedlungen: ein Dorf in

ländlicher Umgebung und einen Stadtteil mit hoher Bebauungs- und Einwohnerdichte. Anhand hochauflösender Wetterdaten analysierten sie, ob sich diese Siedlungen an zwei Orten, einem in Norddeutschland und einem in Süddeutschland, komplett selbst mit Wind- und Sonnenstrom versorgen könnten - und wenn ja, zu welchen Kosten.

Simulationsergebnisse

Die Simulationsergebnisse zeigen, dass sich der Strombedarf von Haushalten und für private Elektroautos in ländlichen Siedlungsstrukturen im Rahmen einer autarken Versorgung decken lässt und zwar aus den vor Ort angebotenen Potenzialen für Photovoltaik und Windenergie. Um die dann vor Ort produzierte Energie auch komplett nutzen zu können und etwa längere Windflauten zu überbrücken, bedarf es allerdings sehr großer Energiespeicher. In Süddeutschland muss dafür sowohl bezüglich der installierten Erzeugungs- als auch der Speicherleistung ein höherer Aufwand betrieben werden als in Norddeutschland.

Weitere Strombedarfe

In weiteren Simulationsrechnungen wurde, zusätzlich zu den privaten Verbrauchern, auch der Strombedarf von Industrie, Handel und Gewerbe modelliert und in die Betrachtungen mit einbezogen. Wenn der Strombedarf auf dieser Verbraucher gedeckt werden soll, dann lässt sich eine autarke Stromversorgung auch in ländlichen Siedlungen nicht mehr umsetzen, lautet ein weiteres Ergebnis der Untersuchung.

UBA-Präsident Jochen Flasbarth fasste die Ergebnisse der Studie wie folgt zusammen: „Städte und Gemeinden können mit dezentraler Energieerzeugung zu maßgeblichen Akteuren der Energiewende werden. Die Einbindung lokaler Erzeugungsstrukturen in ein übergeordnetes Netz ist aber für ein effizientes, vollständig auf erneuerbaren Energien basierendes Energiesystem in Deutschland unerlässlich.“ **DK**

100 Jahre Volksbank Raiffeisenbank Würzburg

Von einer „100-jährigen Erfolgsgeschichte“ sprach der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer anlässlich der Jubiläumsfeier „100 Jahre Volksbank Raiffeisenbank Würzburg“.

Zunächst seien viele kleine Genossenschaften eng in der jeweiligen Region verwurzelt gewesen, betonte Beinhofer in einem kurzen Rückblick. Ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmte, wie in vielen Branchen, der Trend zur Fusion und damit Steigerung von Effizienz und Leistungsfähigkeit die Entwicklung und Größe der einzelnen Volksbanken, so auch bei der Volksbank Raiffeisenbank Würzburg eG. Das Prinzip „Gemeinsamkeit macht stark“ sei so perfektioniert worden. Der Region und dem Auftrag „Finanzierung des Mittelstandes“ sei die VR Bank Würzburg aber nach wie vor treu geblieben.

Dass die Finanz- wie auch die reale Wirtschaftskrise zum Ende des letzten Jahrzehnts jede Bank sensibilisiert hat, sei unstrittig, fuhr der Regierungspräsident fort. Da die Grundlage der Genossenschaftsbanken aber nach wie vor der starke Bezug und die Verbindung zur Region sei und sie Ihrem Credo „Hilfe zur Selbsthilfe“ treu geblieben seien, habe man die Krise erfolgreich durchgestanden. Der Zuspruch der Kunden der Volksbank Raiffeisenbank Wür-

burg bestätige das. „Sie dokumentieren bis heute, dass man mit einem soliden Geschäftsmodell sehr erfolgreich sein und in Krisenzeiten ganz wesentlich zur Stabilisierung einer Region beitragen kann. Die Treue und das Vertrauen Ihrer rund 36.000 Mitglieder ist hierfür ein eindrucksvoller Beweis“, konstatierte Paul Beinhofer.

Zukunftssicherung

Leistung, Engagement und fachliches Know-how der Mitarbeiter sicherten die Zukunft der Volksbank Raiffeisenbank Würzburg eG mit ihren 46 Filialen in weiten Teilen Unterfrankens. Beinhofer: „Auch die Region baut auf Sie. Denn Sie kommen Ihrem Finanzierungsauftrag nicht nur in den Städten nach, sondern gerade auch in der Fläche, was für die Sicherung der Kreditversorgung des Mittelstandes in Unterfranken sehr wichtig ist. Mein Wunsch lautet deshalb abschließend: Begleiten Sie als führende Genossenschaftsbank in der Region unsere Mittelständler weiterhin bei Investitionen in Innovationen!“ **DK**

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekakc.de

DKC



Finanzgruppe

Wie sieht die Zukunft der Pflege aus?

Pflege-Symposium der Versicherungskammer Bayern zeigte Lösungsansätze auf
GZ-Gespräch mit Dr. Harald Benzing (VKB) und Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers (Institut AGIRA)

Immer mehr Menschen sind auf Pflegeleistungen angewiesen. Ihre Zahl wird von heute rund 2,3 Millionen bis zum Jahr 2030 auf 3,4 Millionen steigen, bis 2050 sogar auf über 4,5 Millionen Menschen. Diese Entwicklung fordert innovative und zukunftsfähige Lösungen zur Pflegepraxis und -vorsorge sowie deren Finanzierung. Die Versicherungskammer Bayern sieht sich hierfür mit ihrer führenden Marktposition bei der Pflegeabsicherung als treibende Kraft und rief deshalb heuer das Pflege-Symposium ins Leben.

Gemeinsam mit namhaften Referenten aus Wissenschaft und Wirtschaft wurden unter anderem die Themen demografischer Wandel sowie zukünftige Herausforderungen für Versicherer und Kommunen eingehend diskutiert. Im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel zeigten die Referenten Dr. Harald Benzing, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, sowie Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers, Direktor des Instituts für angewandte Geoinformatik und Raumanalysen e.V. (Institut AGIRA), Lösungsansätze und Handlungsoptionen auf.

Symptome in den Infrastrukturen

Bevölkerungszahl, Altersstruktur, Migration, Familienbild oder Geschlechtersymmetrie sind nach Darstellung von Prof. Koppers nur wenige Stichworte, die beschreiben, mit welchen demografischen Veränderungen die zukünftige Gesellschaft zu rechnen hat. Diese Entwicklungen verursachen diverse Symptome in den kommunalen Infrastrukturen, so auch in der Pflege.

Wie die AGIRA-Studie „Zukunftsfähige Gesundheitsinfrastrukturen für Bayern“ nachweist, sind Auswirkungen bei weitem nicht auf die häufig etwas belächelten demografischen „Verlierer“ im Freistaat beschränkt. Auch in Regionen mit erheblichen Wanderungsgewinnen sind bereits heute Fol-

gen erkennbar. Der Hauptgrund liegt in der Verschiebung der Altersstruktur.

Bevölkerungsverluste

In allen Untersuchungsgebieten (Amberg, Amberg-Sulzbach, Ebersberg, Stadt und Landkreis Hof, Kempten, Main-Spessart, Nürnberger Land, Oberallgäu, Regen) sind in den Altersgruppen der 65-Jährigen und Älteren bis 2030 Anstiege zu verzeichnen. Zudem nimmt einzig im Landkreis Ebersberg die Gesamtbevölkerung zu. Im Landkreis Oberallgäu und der kreisfreien Stadt Kempten bleiben die Einwohnerzahlen konstant. In allen anderen Untersuchungsregionen müssen starke bis sehr starke Bevölkerungsverluste verkräftet werden.

Aufgrund der zukünftigen Altersstruktur werden die Bedarfe an hausärztlichen Leistungen bis 2030 in den Untersuchungsregionen steigen. Einzig im Landkreis und der Stadt Hof bleiben die Zahlen stabil, während sich für die Landkreise Ebersberg und Oberallgäu erhebliche Veränderungen ergeben.

Pflegekräfte sind rar

Die demografische Entwicklung in Bayern hat auch Auswirkungen auf die Zahl verfügbarer Mitarbeiter im Pflegesektor. Gerade im Münchner Umland seien Pflegekräfte rar, berichtete Koppers. Es existiere ein hoher Personaldruck, die

Entwicklung sei insgesamt dramatisch. „Unweigerlich wird dies zu Versorgungslücken führen“, prognostizierte der Institutsleiter.

Spätestens beim Thema Pflege wird klar, dass der demografische Wandel für Betroffene und deren Angehörige eine erhebliche finanzielle Belastung bedeuten kann, erläuterte Dr. Harald Benzing, Mitglied des Vorstands der Versicherungskammer Bayern. Betrachte man sich die Pflegekosten im Alter, so müssten für Männer etwa 42.000 Euro über die gesamte Pflegedauer aufgewendet werden, für Frauen dagegen 84.000 Euro.

Faustregel

Diese weitaus höheren Kosten hingen damit zusammen, dass Frauen in aller Regel älter würden, entsprechend länger pflegebedürftig seien und häufig stationär behandelt würden. Bei Männern liege die Pflegewahrscheinlichkeit bei 50 %, bei Frauen betrage sie 75 %. Mit zunehmendem Alter nehme sie rapide zu. „Als grobe Faustregel gilt: Die Pflegewahrscheinlichkeit verdoppelt sich ab einem Alter von 75 Jahren circa alle fünf Jahre“, so Benzing.

Da die gesetzliche Pflegeversicherung nur etwa 50 % der anfallenden Kosten abdeckt, wird seit 2013 die private Pflegevorsorge staatlich gefördert. Mit dem sogenannten Pflege-Bahr hat der Staat Benzing zufolge einen günstigen Einstieg in die private Pflegezusatzversicherung ermöglicht. Damit sei zudem ein Bewusstsein für die Dringlichkeit privater Vorsorge geschaffen worden. Negativ zu bewerten sei, dass im Normalfall Förderung und Beiträge nicht ausreichen, um Versorgungslücken vollständig zu schließen.

Pflegezusatzversicherung

Hier nun knüpft die Versicherungskammer Bayern mit ihrem Angebot einer Pflegezusatzversicherung an, die einen zusätzlichen monatlichen Rentenbetrag bzw. ein Tagelgeld absichert. Diese Risikoversicherung mit vergleichsweise günstigen Beiträgen stellt laut Benzing „eine vernünftige, kalkulierbare Möglichkeit dar, den eigenen Anteil in der sozialen Pflegeversicherung zu finanzieren“. Je früher damit begonnen werde, umso günstiger sei die Pflegeabsicherung. „Am Ende ist dies eben auch ein Teil Vermögensschutz“, konstatierte der VKB-Vorstand und ergänzte: „Wir bieten eine gute Pflegeberatung an und entlasten die oftmals völlig überforderten Angehörigen bei der Antragstellung. Auch geben wir unter anderem Empfehlungen zu pflegenahen Einrichtungen.“

Apropos Infrastruktur: Nach Prof. Koppers' Ansicht sollte beim Thema Immobiliennachfolge das Modell des Austragshauses in eine neue Form gegossen werden. Hintergrund sei, dass Familien zunehmend voneinander entfernt leben und ältere Leute zum Teil große Häuser in monostrukturellen Siedlungen allein bewohnen und auch zu bewirtschaften haben.

Dem Austragshaus-Thema kommt laut Koppers der Umstand zugute, dass Ortskerne mit älterer Bausubstanz zunehmend veröden. Stellten die Ortszentren früher die Versorgungsschwerpunkte dar, verlagerten sich diese immer stärker



GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel gemeinsam mit Dr. Harald Benzing (VKB, rechts) und Prof. Dr.-Ing. Lothar Koppers (Institut AGIRA).

an die Ortsränder. „Hier könnten ersatzweise entsprechende Wohnungsmöglichkeiten für Ältere mit variabel angeschlossenen Unterstützungsmöglichkeiten, sprich der langsam zu schaltbaren Pflege, Eingang finden“, machte Koppers deutlich. „Und wenn wir dann noch entsprechende wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen, dass sich die Menschen mit Waren des täglichen Bedarfs selbst versorgen können, kann das dazu führen, dass solche Orte eine gewisse Wiederbelebung erfahren“, betonte der Direktor.

Bei derartigen Modellen verhielten sich die meisten Kommunen freilich noch sehr zögerlich, räumte Koppers ein. Immerhin sei man in Wunsiedel gerade dabei, „den Stadtkern neuer zu denken“. Man sei dort durchaus daran interessiert, auch Finanzkräfte von außen für entsprechende Projekte zu gewinnen. „Das Konzept muss stimmen und entsprechend nachgewiesen werden. Tragfähigkeit ist für die Investoren enorm wichtig. Interkommunales Denken heißt das Zauberwort“, stellte Koppers fest.

Qualität und Erreichbarkeit

Insgesamt sind in der Ärzte- und Pflegeversorgung in den nächsten Jahren Veränderungen in Organisation, Struktur und Denkhaltungen nötig. Im Vordergrund steht die Aufrechterhaltung der Qualität und Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. „Wir als private Krankenversicherung sorgen dafür, dass sich Landpraxen noch vernünftig finanzieren können. Ohne private Krankenversicherung hätten wir eine deutlich stärkere Landflucht der Ärzte“, hob Harald Benzing hervor und verdeutlichte: „Wir sichern somit vor Ort eine gute Versorgung. Durch die Zusammenarbeit mit kommunalen und privaten Krankenhäusern gewährleisten wir zudem eine gute stationäre Versorgung in der Fläche.“

Konzepte testen

„Die Entwicklungen neuer Versorgungsmodelle innerhalb des Gesundheitssystems sind unumgänglich, um die medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen. Diese Konzepte müssen allerdings zuerst in Modellprojekten getestet und auf die jeweilige Region spezifisch ausgerichtet werden“, bilanzierte Koppers. Seiner Auffassung nach könnte ein Pflege-Monitoring als Teil eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts zuverlässige kleinräumige Daten zum Pflegearbeitsmarkt, zum Beschäftigungsstand und zu künftigen Entwicklungen generieren. „Pflege als Chance für Ortschaften“: Auch dieser Aspekt sollte nicht außer Acht gelassen werden.

DK
www.institut-agira.de
Aktuelles >> Veröffentlichungen

Mehrgenerationen Outdoor Fitnessparcours

Bayerische Sparkassen helfen beim Aufbau eines modernen Erholungs- und Trainingsareals

Im Bad Reichenhaller Rupertuspark wurde ein neuer Treffpunkt für alle Generationen geschaffen. Hier kann man in Zukunft walken, gemeinsam an Outdoor-Fitness-Geräten trainieren, sich treffen oder zu einer Tour in die Nonner Au starten. Der Park wird zu einem Ort aktiver Gesundheit und Prävention. Die bayerischen Sparkassen wollen mit zahlreichen Förderpartnern und der Bayerischen Sparkassenstiftung damit einen Ort zur Förderung des Generationen-zusammenhalts schaffen.

Hier können alle Altersgruppen Beweglichkeit, Koordination und Mobilisation in freier Natur erleben. Neben Personen, die regelmäßig sportlichen Aktivitäten nachgehen, sollen bewusst auch ältere Menschen und Besucher der Alpenstadt angesprochen werden. Das Projekt wird begleitet von Sportmediziner Dr. Wolfgang Paa und Physiotherapeutin Ramona Walsleben.

Die Anlage in der Kurstadt leistet damit zusätzlich einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsprävention. Die generationenübergreifende Nutzung der Outdoor-Geräte erhöht die Vitalität und Leistungsfähigkeit der Bürger und Gäste des Staatsbades Bad Reichenhall mit Bayerisch Gmain. Der Rundkurs im Park ist Test- und Aufwärmstrecke zum gehen, walken und laufen.

Die Geräte decken ein breites Bewegungsspektrum ab. Aus Gründen der Langlebigkeit, Sicherheit und Un-

terhaltsfreundlichkeit wurden hier schlichte, aber gefällige Edelstahlgeräte verbaut. So trainiert man an formschönen, robusten Rohrkonstruktionen, die trotz Ihrer Eleganz einen maximalen Schutz gegen Vandalismus, bei gleichzeitig geringstmöglicher Verletzungsgefahr aufweisen. Die Geräte sind sicher in Betonfundamente montiert und mit einem umlaufenden Fallschutz und Sicherheitsbereich aus gewaschenem Rundkorn versehen.

Die Errichtung dieses Fitnessparcours konnte nur mit großzügiger Unterstützung aus dem Reinertrag des PS-Sparen und Gewinnen der bayerischen Sparkassen realisiert werden. Für die Förderung der verschiedensten gemeinnützigen Zwecke haben die bayerischen Sparkassen mit ihren Stiftungen 2012 übrigens insgesamt fast 62 Mio. Euro ausgegeben. Das macht mehr als eine Million Euro in der Woche vor allem für Kultur, Sport und soziale Projekte.

DSGV-Präsident Georg Fahrenschoen:

„Krise noch nicht vorbei“

Trotz erster Stabilisierungserfolge in Europa ist die Finanz- und Staatsschuldenkrise noch nicht vorbei. Aus Instabilitäten in anderen Regionen der Welt und aus den Nebenwirkungen der Rettungspolitik ergäben sich erhebliche Gefahrenpotenziale. Diese Ansicht vertritt der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschoen, bei der Pressekonferenz seines Verbandes anlässlich der Herbsttagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in Washington.

„Niemand sollte glauben, vermeintlich weiche Instrumente wie ein sehr niedriger Zinssatz seien risikolos und würden nicht erhebliche Kosten verursachen. Man kann auf Dauer das Problem zu hoher Schulden nicht mit noch mehr billigem Geld bekämpfen“, sagte Fahrenschoen. Eine Gefahr für die Stabilität der Finanzmärkte sei nicht zuletzt die hohe Staatsverschuldung in den USA. „Auch ohne eine Erhöhung der Schuldenobergrenze sind die USA pro Kopf der Bevölkerung bereits deutlich höher verschuldet als Griechenland.“

Auch eine Erhöhung der Schuldenobergrenze werde deshalb die Probleme in den USA nicht beseitigen. Eine auf Schuldenaufnahme ausgerichtete Politik sei ökonomisch nicht nachhaltig, weil sie bestehende Ungleichgewichte nur auf nachfolgende Genera-

tionen abschiebe, aber nicht löse. Nach Einschätzung Fahrenschoens führen die künstlich niedrig gehaltenen Zinsen zu fehlerhaften Risikobereisungen und Kapitalfehlleitungen. Durch zu niedrige Kreditkosten erlahme der Erneuerungswille in den Krisenstaaten, aber auch in Deutschland selbst. Und zu niedrige Zinsen würden auf Sicht zu deutlichen Lücken in der privaten Alterssicherung führen und besonders stabilen Institutionen wie Lebensversicherungen und einlagenstarken Kreditinstituten das Leben schwermachen.

Fahrenschoen forderte deshalb die Notenbanken auf, den Zinswendepunkt nicht zu spät ins Visier zu nehmen und die Staatshaushalte durch realistische Zinsen wieder in die Pflicht zu nehmen, ihre Ausgabenpolitik in den Griff zu bekommen.

Sparkassen-Umfrage:

Konsumlust auf hohem Niveau

Ein neues Smartphone, den jüngsten Bestseller oder topmodische Kleidung - die Bundesbürger sind derzeit relativ ausgabenfreudig. Gut drei Viertel der privaten Haushalte haben in den vergangenen Monaten die Konsumausgaben ausgebaut oder zumindest nicht eingeschränkt. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) anlässlich des Weltspartags in Auftrag gegeben hat.

Ausgewogenes Verhältnis von Sparen und Konsum

„Auch wenn der private Konsum eine wichtige Säule für die Binnennachfrage ist, plädieren wir für ein ausgewogenes Verhältnis von Sparen und Konsum. Ein finanzielles Polster ist für jeden unerlässlich. Hinzu kommt, dass eigene Vorsorge für das Alter angesichts der steigenden Lebenserwartung immer wichtiger wird“, mahnt Georg Fahrenschoen, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Über einen längeren Zeitraum sinkt der Anteil derjenigen, die den Gürtel enger schnallen und heute verzichten, um sich morgen etwas gönnen zu können. Aktuell geben 23 Prozent der Bundesbürger an, dass sie ihren Konsum in letzter Zeit eingeschränkt haben. Das sind deutlich weniger als noch vor fünf Jahren (36 Prozent) oder vor acht Jahren (45 Prozent).

Konstante Sparquote erwartet

Die Sparquote ist 2012 in Deutschland erneut leicht auf 10,3 Prozent gesunken. Das bedeutet, dass die Bundesbürger im Durchschnitt von 100 Euro, die ihnen netto im Monat zur Verfügung stehen, 10,30 Euro auf die hohe Kante legen; 89,70 Euro werden für Konsum wie zum Beispiel Miete, Energie, Lebensmittel, Kleidung oder Mobilität direkt wieder ausgegeben. Auch für 2013 erwartet die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Sparquote für Deutschland konstant auf diesem Niveau.

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen:

Starker Stützpfiler der Kommunen und der Wirtschaft

Landrat Schrell würdigt Leistungskraft - Über 65.000 Privatkunden

Dillingen(jdt). Als unentbehrlichen und zuverlässigen Stützpfiler der heimischen Wirtschaft, der Kommunen und des Landkreises würdigte Landrat Leo Schrell den anhaltenden Erfolgsweg der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen. Als Vorsitzender des Verwaltungsrates des größten Kreditinstitutes im Landkreis sprach Schrell den Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer und den rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die hohe Anerkennung für vielseitig positive Entwicklungen bei der Betreuung und soliden Beratung von nicht weniger als über 65.000 Privatkunden und 3.400 Unternehmen aus. Der Presse präsentiert wurden Jahresergebnisse 2012, Perspektiven 2013 und der Ausblick mit Geschäftserwartung mit stabilen Aufwärtstrend.

Im Blick auf die Rahmenbedingungen im Jahr 2012 registrierte Schwarzbauer eine auch im ersten Halbjahr 2013 anhal-

tende insgesamt stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung und hervorragende Beweise der Standortqualitäten im Land-

kreis. Dazu gehören im Bereich der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen „sehr zufriedenstellende Geschäftsergebnisse in einem immer schärfer werdenden Wettbewerb“. Bewährt hätten sich erneut die besondere Kundennähe mit unbegrenzter Sicherheit, die Partnerschaft zum regionalen Mittelstand und die Marktführerschaft bei öffentlichen Fördermitteln.

Für die Kunden erfolgreich

Das Bilanzvolumen steigerte

die Sparkasse Dillingen auf 1,436 Milliarden Euro, ein Zuwachs 2012 um 3,2 Prozent bzw. 45 Millionen Euro. Bei der Bilanzsumme ergab sich eine Steigerung auf 1,257 Milliarden Euro (ein Plus von 0,6 Prozent bzw. 7 Millionen Euro). Das Unternehmensleitbild des Hauses, so Schwarzbauer, sei Verpflichtung: „... wir machen unsere Kunden erfolgreich“. Die Geschäftspolitik sei 2012 weiterhin ausgerichtet gewesen von „auf konsequente Kundenorientierung und qualitätsorientiertes Wachstum.“ Das Kreditgeschäft mit Kunden inklusive unwiderlicher Kreditzusagen und Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen brachte eine Steigerung auf 898 Millionen Euro (+6,8 Prozent bzw. 59 Millionen Euro).

In bayerischer Spitze

Wie seit Jahren schon erregte die Sparkasse Dillingen auch überregional starke Beachtung mit Spitzenerfolgen. So ist Schwarzbauer zu Recht mit seinem Spezialistenteam stolz auf Rang 2 im Vergleich der bayerischen Sparkassen im Auslandsgeschäft (Akkretive und Inkasso).

Das „Schlausparen“

Erfreuliches registriert wurde auch im Sektor „Privates Kreditgeschäft“ rund um die eigene Immobilie. Die Kreis- und Stadtparkasse wartete 2012 mit 761 neuen Finanzierungsverträgen, 651 Kredit-Neuverträgen und 110 Weiterleitungsmitteln auf. Viele Kunden investierten in Sachwerten, letztlich zur Steigerung der Lebensqualität. Im Neugeschäft beim Bausparen waren im Jahre 2012 1.842 Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 53,8 Millionen Euro zu verzeichnen. Aufmerksamkeit fand das Leitwort „Bausparen ist Schlausparen“.

Großen Wert legt die Sparkasse Dillingen, wie Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer und das Vorstandsmitglied Josef Holzmann zu verstehen gaben, auf kompetente und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zur Verfügung stehen der Kundschaft unter anderem 18 Fachwirte, 35 Betriebswirte sowie Experten „Zertifizierter Vertriebscoach“ und „Immobilienmakler“.

Hingewiesen wurde von Landrat Schrell auf den besonderen Rang der Sparkasse als attraktiver Arbeitgeber auch für 47 Auszubildende.

Hervorragende „Sozialbilanz“

Eine starke Stellung nimmt die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen im Rahmen ihrer hervorragenden „Sozialbilanz“ ein, mit hochwillkommenen Sonderförderungen im Jahr 2013 in Höhe von 240.000 Euro. Vorgelegt werden diese am 3. Dezember.

Starke Beachtung fand auch der ebenfalls von Optimismus geprägte Bericht der Regionaldirektorin der LBS in Bayern, Sybille Knecht. Sie bestätigte die große Nachfrage nach Immobilien: „Der Boom setzt sich fort ... und die Preise werden leicht steigen“.

Dem Informationsgespräch folgte zum Abschluss eine Besichtigung der Großbaustelle des Um- und Neubaus der Sparkassenhauptstelle Dillingen. Das Projekt bringt auch eine besondere Aufwertung des Stadtzentrums Dillingen mit sich. Die Fertigstellung mit effizienter Eröffnung der hochmodernen Schalterhalle ist im März 2014 geplant. Aufmerksam gemacht wurde auch auf den Umbau der Geschäftsstelle Wertigen. □



Als eine starke Stütze der heimischen Wirtschaft und der Kommunen würdigte Landrat Leo Schrell (2. von rechts) bei der Bilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen die Leistungskraft des Geldinstitutes. Neben Schrell (von rechts): Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Sybille Knecht (LBS) und Vorstandsmitglied Josef Holzmann. Bild: -jdt-

Stadtparkasse München veröffentlicht ersten Nachhaltigkeitsbericht

Den Stromverbrauch zu senken, weniger CO2 auszustößen, nachhaltige Bankprodukte anzubieten und die Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu fördern. Diese und weitere Maßnahmen sind Bestandteil des Nachhaltigkeitsprogramms, das die Stadtparkasse München in ihrem ersten Nachhaltigkeitsbericht „Für die Zukunft handeln“ veröffentlicht hat.

Der Bericht dokumentiert das Ziel der Stadtparkasse München, zukunftsorientiert zu handeln und neben ökonomischen Kriterien auch ökologische und soziale Aspekte in die Geschäftspolitik und das tägliche Handeln zu integrieren. „Nachhaltigkeit heißt für uns, Verantwortung zu übernehmen für unsere Kunden, für die Mitarbeiter, für unsere Gesellschaft und natürlich für die Umwelt“, erklärt Harald Strötgen, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München. „Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist Bestandteil unseres öffentlichen Auftrags als Sparkasse und fest in unserer Geschäftsstrategie verankert. Dies wird unter anderem im seit vielen Jahren erfolgreichen Umweltmanagement des Hauses sowie durch unser hohes gesellschaftliches Förderengagement deutlich.“

Der erstmals veröffentlichte Nachhaltigkeitsbericht zeigt die bisher erreichten Erfolge auf und dokumentiert den eigenen Anspruch, zukunftsorientiertes Handeln und Wirtschaften als zentrale Unternehmensstrategie in den nächsten Jahren noch weiter zu steigern. So testet die Stadtparkasse München ab dem kommenden Jahr in einer 36-monatigen Pilotphase den Einsatz eines neuen Elektroautos in ihrem Fuhrpark, um ihre Umweltbilanz zu verbessern. Damit das Testfahrzeug mit Strom versorgt ist, werden in der Hauptstelle sowie im Verwal-

tungszentrum in der Ungererstraße Stromtankstellen eingebaut.

Auch als Arbeitgeber möchte sich Bayerns größte Sparkasse kontinuierlich verbessern. Ab sofort können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über einen Mietzuschuss von bis zu 200 Euro freuen, der direkt mit dem Gehalt ausbezahlt wird. „Gerade für Berufseinsteiger ist es extrem schwierig, das Leben in München finanziell aus eigener Kraft zu stemmen“, erläutert Harald Strötgen das neue Programm. „Wir möchten auch für potenzielle Bewerber attraktiv sein, die die hohen Lebenshaltungskosten in München bisher abgeschreckt haben.“ Der Mietzuschuss gilt für derzeit 390 Wohnungen im Bestand der Stadtparkasse München mit einer Größe bis 47 Quadratmeter und einer Warmmiet von unter 600 Euro im Monat.

In ihrem Nachhaltigkeitsbericht stellt die Stadtparkasse München auch das neue Unternehmensleitbild des Hauses vor. An diesem richtet sich das Münchner Kreditinstitut aus, um seine Kundenorientierung weiter zu steigern und den Münchner Bürgerinnen und Bürgern sowie seinen Mitarbeitern nachhaltig gerecht zu werden. Das Unternehmensleitbild definiert fünf Werte, die handlungsleitend sind. Diese Werte sind Kompetenz, Fairness, Nähe, Vertrauen und Kundenorientierung. □

IDC Intercontinental Distributioncenter:

BayernLB finanziert Erweiterung mit 76 Mio. Euro

Hamburg/München - Die BayernLB finanziert für die Hamburger Wegner Unternehmensgruppe den Bestand und die Erweiterung einer Logistikimmobilie in Worms. Das 2003 fertiggestellte Objekt verfügt über rund 52.000 qm Nutzflächen und ein Hochregallager mit einer Einlagerungskapazität von 61.000 Europaletten.

Das Gesamtfinanzierungsvolumen der BayernLB umfasst 76 Mio. Euro. Die Investition wird von der BayernLB Niederlassung in Düsseldorf betreut.

Die derzeit in Realisierung befindliche Erweiterung auf unmittelbar angrenzenden Grundstücken umfasst weitere Logistikflächen mit einer Größe von rd. 30.000 qm und einer Höhe von 12,40 Metern inklusive eines weiteren Hochregallagers mit einer Lagerkapazität von 65.000 Europaletten. Auch sämtliche logistische Ein- und Vorrichtungen sind Teil der Ge-

samtinvestition der Wegner Unternehmensgruppe. Die Projektsteuerung hat für den Investor die Firma Habacker Engineering GmbH aus Düsseldorf übernommen. Die Grundsteinlegung für die Erweiterung ist Anfang September 2013 erfolgt.

Langfristiger Alleinmieter des Logistikobjektes mit einer Gesamtgröße von knapp 14 Hektar ist die Robert Bosch GmbH, die dort das Europa-Zentrallager für die Geschäftsbereiche „Power Tools“ und „Lawn and Garden“ unterhält. □

Seitenwechsel mit sozialem Engagement

Personalabteilung der Kreissparkasse Augsburg packt beim Bunten Kreis mit an

Neun Mitarbeiter aus dem Bereich Personal, Organisation und Facility Management sowie sieben Auszubildende der Kreissparkasse Augsburg waren Ende September einen Tag beim Bunten Kreis auf der Pferdewiese im Einsatz. Unter dem Motto „Seitenwechsel mit sozialem Engagement“ halfen sie, die ausgetretene Reitbahn für die tiergestützte Therapie in Stand zu setzen. „Damit gehen wir in unserem gesellschaftlichen Engagement einen Schritt weiter: Das Projekt, das wir mit den Auszubildenden begonnen haben, ermutigt nun alle Mitarbeiter sich freiwillig und in ihrer Freizeit beim Bunten Kreis einzubringen und unseren Sozialpartner so besser kennenzulernen“, sagt Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

Der Seitenwechsel wird seit geraumer Zeit abteilungsübergreifend innerhalb der Kreissparkasse praktiziert. Er soll den eigenen Horizont erweitern und das Verständnis für die Belange und Bedürfnisse anderer fördern. Seit Sommer 2012 führt er auch aus der Sparkassenwelt hinaus, zunächst für die Auszubildenden: Vier Gruppen an Azubis waren bereits beim Bunten Kreis im Einsatz, um ein bis zwei Tage etwas ganz anderes zu machen.

Jetzt wurde das Projekt auch anderen Mitarbeitern der Kreissparkasse angeboten. Die ersten, die sich daran beteiligten, waren neun Mitarbeiter aus dem Bereich Personal, Organisation und Facility Management. Da dort auch die Berufsausbildung angesiedelt ist, wurden ebenfalls sieben Auszubildende mit einbezogen, die sich freiwillig dafür gemeldet hatten. So arbeiteten Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Sachbearbeiter und Azubis in einem gemischten Team in ihrer

Freizeit einen ganzen Samstag lang beim Bunten Kreis.

Bei einem Rundgang über das Therapiegelände erfuhren sie dort zunächst mehr über die Aufgaben und Arbeitsweise der gemeinnützigen Einrichtung, einem der wichtigsten Sozialpartner der Kreissparkasse. Bereits seit 1994 unterstützt der Finanzdienstleister den Bunten Kreis auf vielfältige Weise, etwa durch die „Offene Stiftergemeinschaft Bunter Kreis – Kreissparkasse Augsburg“.

Positives Resümee

Die Aufgabe der Helfer war es, die kleine Reitbahn und die große Ovalbahn in Stand zu setzen. Sie haben sie von Unkraut befreit, den Untergrund aufgelockert und mit frischem Sand befüllt. Außerdem haben sie den Rasen rund um die Ovalbahn gemäht, im Kräuterteich Unkraut gejätet und den großen Sandkasten abgebaut und ins Winterlager gebracht.

Trotz der körperlich schweren Arbeit zogen alle Helfer ein positives Resümee, vor allem weil allen klar war, dass die Hilfe schwerkranken Kindern zugute kommt.

Direkte Hilfe

„Was man in ein paar Stunden Arbeit mit den Kollegen schaffen kann, war absolut unglaublich. Zu wissen, dass man mit diesem Arbeitseinsatz viele kranke Kinder glücklich machen kann, ist ein tolles Gefühl. Endlich mal eine Hilfe, die direkt bei den Betroffenen ankommt“, sagte Andrea Krismayr, Personal-Sachbearbeiterin. Claus Holzappel, Bereichsleiter Personal, Organisation und Facility Management, meinte: „Es ist schön, wenn man nach getaner Arbeit auch gleich das Ergebnis sieht und die ganze Anstrengung für einen guten Zweck war!“

Manfred Heindl, Leiter der Personalabteilung, der auch die Azubi-Sozialprojekte organisiert, hat diesmal auch selbst mit angepackt. Ihn freute neben der guten Zusammenarbeit des Teams auch die hervorragende Betreuung und Bewirtung durch die Mitarbeiterinnen des Bunten Kreises: „Zur Begrüßung gab es ein zweites Frühstück, mittags wurde gegrillt und ein Nachmittagskaffee sorgte für die notwendige Stärkung während der Arbeitspausen.“ □



Vom Bereichsleiter bis zum Azubi – die Kreissparkasse Augsburg engagiert sich für die gute Sache. Von links: Manfred Heindl (Leiter der Personalabteilung), Claus Holzappel (Bereichsleiter Personal, Organisation und Facility Management), Marion Hornstein (Sachbearbeiterin Organisation), Andrea Krismayr (Sachbearbeiterin Personal), Gerhard Leitenmaier (Abteilungsleiter Organisation und IT-Service), Anika Beyrle und Inga Wiedemann (Auszubildende), Michael Pelger (Sachbearbeiter Facility Management), Stephanie Bernhard (Auszubildende), Erich Kaisinger (Abteilungsleiter Facility Management), Esther Kühner, Florian Negele, Elena Penner, Patrick Schwarz, (Auszubildende) und Elisabeth Pauldrach (Sachbearbeiterin Organisation). □

Mit Höchstgeschwindigkeit auf die Datenautobahn

LEW TelNet baut Glasfasernetz im Gewerbegebiet Königsbrunn Nord auf
Zukunftssichere Breitbandversorgung für die Unternehmen gewährleistet

Die Betriebe im Gewerbegebiet Königsbrunn Nord werden für ihre Kommunikation künftig ein leistungsstarkes Datennetz nutzen können. Das Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke (LEW), stellt ihnen Glasfaser bis ins Gebäude zur Verfügung. Fast 100 Betriebe können damit die derzeit bestmögliche Breitbandanbindung nutzen, wie sie sonst nur in den Zentren großer Städte zur Verfügung steht. Über die Infrastruktur bietet LEW TelNet ein umfangreiches Angebot an Internet- und Sprachdiensten an. Bürgermeister Ludwig Fröhlich und LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann stellten das Projekt heute in Königsbrunn vor.

„Eine leistungsstarke Breitbandanbindung ist für Unternehmen und Selbstständige heute entscheidend bei der Standortwahl“, sagte Königsbrunns Bürgermeister Ludwig Fröhlich. „Mit dem Glasfasernetz im Gewerbegebiet Königsbrunn Nord verfügen wir über eine zukunftssichere Infrastruktur und die LEW TelNet leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Stadt und der Region.“

Durch den direkten Anschluss

an das Glasfasernetz von LEW TelNet können die Betriebe auf Breitbandanschlüsse mit einer Geschwindigkeit von bis zu 1.000 Mbit/s zugreifen - sowohl beim Herunterladen von Daten aus dem Internet, als auch beim Hochladen. Zum Vergleich: Mit einem durchschnittlichen DSL-Anschluss können Daten mit etwa 10 Mbit/s aus dem Netz geladen werden, das Hochladen geht noch deutlich langsamer. Zusätzlich zu den

Breitbanddiensten stellt LEW TelNet über das Glasfasernetz auch Sprachdienste für die Unternehmen bereit. Die Investitionen für das Glasfasernetz trägt LEW TelNet.

LEW Vorstandsmitglied Norbert Schürmann erläuterte: „Hier im Gewerbegebiet Königsbrunn Nord war die Ausgangslage für den Ausbau des Glasfasernetzes günstig. So ist es uns möglich, eine rein privatwirtschaftlich getragene Lösung umzusetzen. Dies ist nicht bei allen Projekten möglich. In diesen Fällen leistet das Breitbandförderprogramm des Freistaats Bayern den entscheidenden Beitrag. Auch hier haben wir passende Umsetzungskonzepte. Wir wollen die Breitbandversorgung der Region insgesamt voran bringen.“

LEW TelNet setzt in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbay-

erns zahlreiche Breitbandprojekte um. Derzeit bringt der Spezialist für Datenkommunikation rund 40.000 Privathaushalte sowie etwa 5.000 Gewerbetreibende und Unternehmen mit höchsten Bandbreiten ins Internet. LEW TelNet setzt Breitbandprojekte sowohl im Rahmen der Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern als auch rein privatwirtschaftlich finanziert um. Damit stärkt LEW TelNet die wirtschaftliche Basis der Region und legt den Grundstein für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur.

LEW TelNet ist mit einem eigenen Nachrichtennetz in Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten sowie einem breiten Dienstleistungsportfolio, einer der führenden Anbieter für Datenkommunikation in der Region. Das Tochterunternehmen der Lechwerke AG beschäftigt rund 85 Mitarbeiter. LEW TelNet bietet Unternehmenskunden, neben Breitband-Internet-Zugängen, Dienstleistungen in den Bereichen IT-Sicherheit, Rechenzentrum, Standortvernetzung, Netzwerk, Telefonie und mobiles Arbeiten. Kommunen bietet LEW TelNet Konzepte zum nachhaltigen Breitbandausbau. □



Reinhard Wrchlavsky, Leiter Breitband bei LEW TelNet, Robert Linse, Breitbandpate der Stadt Königsbrunn, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann und Ludwig Fröhlich, Erster Bürgermeister der Stadt Königsbrunn (v. l.), beim Spatenstich für das neue Glasfasernetz im Gewerbegebiet Königsbrunn Nord. Bild: LEW/Funck

„Breitband-Netz ist ein Muss“

Die Thüga MeteringService GmbH aus Naila unterstützt Kommunen und Stadtwerke beim Ausbau eines eigenen Glasfaser-Netzes

Versorgungslücken beim Zugang zu schnellem Internet schließen. Dieses Ziel haben das „Bayerische Hochgeschwindigkeitsbreitband-Förderprogramm“ und der Energiedaten-Spezialist Thüga MeteringService (TMS) gemeinsam. Ein wesentlicher Unterschied aber besteht darin, dass das Unternehmen aus Naila in seiner Umsetzung der offenbar schnellere Akteur ist. So wurde das vor knapp einem Jahr neu aufgelegte bayerische Förderprogramm aus Sicht der Kommunen immer wieder als zu kompliziert und zu zeitaufwendig kritisiert und läuft bis dato nur schleppend an.

Die Thüga MeteringService GmbH hingegen hat als Betreiber eines eigenen Breitband-Netzgebietes „Hochfrankenwald“ seit 2010 bereits 13 Kommunen und deren knapp 100 Ortsteile unter dem Markennamen komDSL mit Breitband-Anschlüssen versorgt. „Gerade außerhalb der Großstädte, in ländlich geprägten Regionen wie hier, ist eine rasche Datenübertragung ein elementarer Standortfaktor, um die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern“, bekräftigt TMS-Geschäftsführer Peter Hornfischer sein Engagement.

Mittlerweile ist das Unternehmen, das als IT-Dienstleister im Bereich Messwesen, Energiedatenmanagement und Zählerfernauslesung tätig ist, so weit, dass aus dem jungen Geschäftsfeld Breitband+ Netz ein starkes zusätzliches Standbein geschaffen wurde.

„Wir wollen mit unserem integrierten Breitband-Konzept speziell Gemeinden und Energieversorgern das Leben erleichtern, indem wir individuell auf sie zugeschnittene Pakete anbieten“, erklärt Matthias Stock, Abteilungsleiter Technischer Service bei TMS, und fügt hinzu: „Von der Analyse und Wirtschaftlichkeitsberechnung über die Netz- und Materialplanung bis hin zur Inbetriebnahme und dem weiterführenden Betriebs-Support können wir alle Leistungen abdecken.“ Darüber hinaus werde Stadtwerken sogar angeboten, unter Nutzung der Marke komDSL selbst ein neues Geschäftsfeld zu etablieren.

Einer der bundesweit bereits 40 Energieversorger, die die Unter-

stützung von Thüga MeteringService für den Breitband-Ausbau anfragten bzw. wahrnehmen, ist die Licht- und Kraftwerke Helmbrechts GmbH. „Im Hinblick auf den rasanten Wandel im digitalen Zeitalter und die künftige dezentrale Energieversorgung, Stichwort Smart Grid, ist ein eigenes Breitband-Netz für uns als Stadtwerk ein Muss“, gibt LuK-Geschäftsführer Jürgen Wolf Auskunft. Zusammen mit den Breitband-Spezialisten aus Naila hat die LuK schon mehr als 30 Kilometer Glasfaserkabel in der Stadt Helmbrechts und Umgebung verlegt. „Dabei haben wir nach Möglichkeit bereits vorhandene Leerrohre bzw. Rohr- und Kabelbaumaßnahmen genutzt, um die Erschließungskosten geringer zu halten“, so Wolf.

Eine eigene Breitband-Infrastruktur lässt sowohl Stadtwerke wie die LuK Helmbrechts als auch Kommunen in Summe entspannter an aktuelle Herausforderungen herantreten. Gegenwärtig ist allem voran die Ausbringung neuer, intelligenter Stromzähler ein brennendes Thema. Über die Smart Meter soll in nicht zu ferner Zukunft ein fast permanenter Abgleich der Massendaten von Stromerzeugern und -verbrauchern erfolgen.

„Dem Rollout von Smart Metern konnten auch wir uns - durch die unklare Rechtslage - aber immer nur schrittweise nähern“, sagt Peter Hornfischer. Dennoch haben die Nailaer, deren Experten direkt in die Arbeitsgruppen des Bundeswirtschaftsministeriums eingebunden sind, auch in diesem Bereich ihre Hausaufgaben gemacht: Mit den Software-Lösungen zur Steuerung von EEG-Anlagen, über den Zählerpark bis zum Produkt für die Übertragung von verschlüsselten und signierten Massendaten, ist das Unternehmen dafür gerüstet, Energieversorger auf dem Weg zu Smart Grid zu begleiten. Und: TMS hat die Voraussetzungen geschaffen, um künftig auch als Gateway-Administrator zu agieren. □



Die Breitband-Versorgung ist vor allem im ländlichen Raum, wie hier in Geroldsgrün im Frankenwald, zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden. Peter Hornfischer, Geschäftsführer von Thüga MeteringService aus Naila (Mitte), setzt sich dafür ein, den Ausbau des Glasfasernetzes auch außerhalb der Ballungszentren voranzubringen. □

Communication World 2013:

Mehr Aussteller und neues Konferenz-Konzept

Wenige Wochen vor Beginn der Veranstaltung verzeichnet die Communication World 2013 einen deutlichen Ausstellerzuwachs. Im Vergleich zum Vorjahr werden über 20 Prozent mehr Unternehmen teilnehmen. Darüber hinaus hat die Messe München International das Konferenzprogramm neu gestaltet und in die Ausstellung integriert. Die Communication World findet am 6. und 7. November 2013 im MOC Veranstaltungszentrum München statt.

Ursprünglich als Konferenz gestartet, hat sich die Communication World in den vergangenen drei Jahren zu einer Fachmesse mit umfangreichen Rahmen- und Konferenzprogramm weiterentwickelt. Mehr als 80 Unternehmen präsentieren in diesem Jahr ihre Anwendungen und Lösungen (2012: 65). Hierzu zählen namhafte Unternehmen wie Ingram Micro, Blackberry, Motorola, Hewlett Packard, Intel, Nokia oder auch Samsung.

Die Themenschwerpunkte Mobile Technology, Mobile Enterprise, Mobile Business sowie Mobile Education, Mobile Learning

und Jobs und Karriere erhalten auf der Communication World jeweils eine Sonderfläche. So präsentieren in der Mobile Education Area Unternehmen wie 73Networks, CoTec, oder Schwarz Computersysteme mobile Anwendungen für den Schulunterricht sowie die berufliche Weiterbildung. In der von Ingram Micro ins Leben gerufene „Digital City“ stehen neben Mobility, Healthcare, Cloud sowie Unified Communications ebenfalls die Themen Mobile Education und Learning im Mittelpunkt.

Ergänzend zur Ausstellung bietet das Konferenzprogramm ein

Breitbandausbau:

Nutzung von Synergien forcieren

Durch die Anwendung innovativer Verlegemethoden, die Mitnutzung bereits vorhandener Infrastrukturen und die Mitverlegung anlässlich geplanter Baumaßnahmen zur Verlegung von Leitungen lassen sich der Aufwand an Grabungs- und Verlegearbeiten minimieren und somit erhebliche Kosten- und Zeitersparnisse beim Breitbandausbau realisieren. Die Möglichkeiten der Kostenersparnis variieren und können bis zu 70 Prozent betragen.

Gemeinsam mit dem DIHK führt das BMWi am 5. November 2013 in Berlin eine Fachveranstaltung durch. Dabei werden Verfahrensfragen zur Synergie-nutzung thematisiert, Hemmnisse identifiziert und Lösungsansätze aufgezeigt. An ersten Ergebnissen aus BMWi-Modellprojekten werden Möglichkeiten und Hemmnisse der Synergie-nutzung verdeutlicht.

Noch haben sich die Verfahren zur Genehmigung von Mitnutzungen nicht eingespielt, für die Mitnutzung privater bzw. kommunaler Infrastrukturen fehlen mitunter geeignete Geschäftsmodelle. Dies erschwert das Heben der Synergiepotenziale beim Breitbandausbau. Ein wichtiger Impuls wird in den kommenden Monaten erwartet: Bis Ende 2013/Anfang 2014 werden in Fachgremien einheitliche Maßstäbe hinsichtlich Entgelten und Nebenbestimmungen zur Mitnutzung von Infrastrukturen des Bundes sowie - voraussichtlich - für den Einsatz der Nano- und Mikro-Trenching-Technologie festgelegt.

Mit der im Mai 2012 in Kraft

getretenen Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wurden die Mitnutzungen bestehender öffentlicher wie privater Infrastrukturen erleichtert und das Mikro-/ Minitrenchingverfahren anerkannt. In Infoblättern sind die Möglichkeiten für die einzelnen Infrastrukturen zusammenfassend dargestellt. Ein Leitfadens der Bundesnetzagentur regelt die Mitverlegungsmöglichkeiten beim Ausbau von Stromnetzen.

Zur Umsetzung des TKG wurden die Nutzungsrichtlinien für Bundesfernstraßen, Verwaltungsvorschriften der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und die Nutzungsbedingungen der Bahn bereits entsprechend angepasst. Darin enthaltene Musterformulare erleichtern die Antragsverfahren. In einer Beschlusskammer-Entscheidung der Bundesnetzagentur vom März wurde der Umfang des Mitnutzungsanspruchs von Bahnnetzen konkretisiert. Für die öffentlichen Infrastrukturen sowie die der Deutschen Bahn AG wurden zuständige Stellen als Ansprechpartner für Mitnutzungen bestimmt. □

umfangreiches Informationsangebot. In diesem Jahr benötigen Besucher lediglich eine Eintrittskarte für den Besuch der Messe und der Open Conference. Darüber hinaus wurden die Konferenzbühnen vollständig in den Ausstellungs-bereich integriert. An beiden Messetagen präsentiert die Communication World auf drei Bühnen jeweils sechs Sessions mit anwenderorientierten Vorträgen.

Diese unterteilen sich in die Themenbereiche Mobile Technologien, Business Applications, Start-ups, Mobile Strategien, Mobile Projekte sowie Mobile Government und Mobile Labs. Zu den Keynotes zählen unter anderem der Vortrag der FC Bayern München AG, der sich mit der di-

gitalen Zukunft des Vereins auseinandersetzt, sowie die Präsentation der KPMG AG, die die Ergebnisse der aktuellen Studie „Survival of the Smartes“ vorstellt. Die Studie befasst sich mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf verschiedenen Branchen und deren Geschäftsmodelle.

Darüber hinaus verleiht das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie in Zusammenarbeit mit der Messe München und Partnern aus der Industrie zum zweiten Mal den Smart Mobile Award. Im Rahmen eines Staatsempfangs am 6. November werden mobile Lösungen und Anwendungen in den Kategorien „Business“ und „Startup“ ausgezeichnet. □

Ankauf · Verkauf

Gebrauchsmaschinen für Land- und Kommunaltechnik.

www.agrobavaria.com

powered by

WIRTH Alfred Wirth GmbH

Sanierung einer Druckrohrleitung im Vinschgau:

Rotech macht Technik fit fürs Gelände

Wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, muss der Prophet zum Berg – dieses geflügelte Wort beschreibt recht genau die Voraussetzungen für die Sanierung einer Druckrohrleitung der im oberen Teil des Etschtals in Südtirol gelegenen Beregnungsanlage Tartsch-Mals. Im Auftrag des Bonifizierungskonsortiums Vinschgau hat die Rotech Srl, ein italienisches Tochterunternehmen der Diringer&Scheidel Rohrsanierung GMBH & CO. KG, rund 800 m einer Leitung aus stark korrodierten Stahlrohren in der Nennweite DN 300 mit einem RS-BlueLiner® ausgekleidet.

Bei der Ausführung der Arbeiten in rund 1.000 m Höhe haben die Sanierungsprofis von Rotech die Anlagentechnik fit fürs Gelände gemacht und Geräte und Spezialausrüstung den Erfordernissen angepasst: Aufgrund des für Baufahrzeuge nur schwer zugänglichen Baufeldes wurde die für den Einbau des Liners nötige Dampfmaschine im Container vom Fahrzeug gehoben und mit einem Bagger zur Einbaustelle transportiert. Ebenso wie der Liner selbst, der nach der Tränkung in einer zentral positionierten Tränkanlage mit geeignetem Gerät zur Dampfmaschine gefahren wurde. Diese Maßnahmen haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Sanierungsarbeiten in einem nur knapp bemessenen Zeitfenster in den Wintermonaten, in denen sich die Beregnungsanlagen außer Betrieb befinden, erfolgreich durchgeführt werden konnten.

Die rund 550 ha große Beregnungsanlage Tartsch-Mals ist eine von 50 Anlagen, die die Bewässerung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im Vinschgau sicherstellen. Regelmäßig werden die Leitungen überprüft und – wenn nötig – im Auftrag des für die Wartung der Anlagen zuständigen Bonifizierungskonsortiums Vinschgau saniert. So auch die Anlage Tartsch-Mals, deren Leitungen aus Stahlrohren nach rund 30jähriger Nutzung in Teilen starke Korrosionsschäden aufwiesen. Aufgrund der geomorphologischen Rahmenbedingungen und mit Blick auf Umweltschutzaspekte entschied sich der Auftraggeber für ein statisch tragfähiges System. Konsequenz fiel deshalb die Wahl auf den BlueLiner® der RS Technik Aqua GmbH, der in Kombination mit der Gerätetechnik von der D&S Rohrsanierung das gewünschte Sanierungsergebnis erbrachte.

In Module zerlegt

„Die Auskleidung der Rohre erfolgt dabei mit einem Produkt, das über einen erheblichen Anteil an Glasfasern verfügt“, erläutert Karl-Heinz Robatscher, Geschäftsführer Rotech Srl. Der Liner, der die Bestimmungen des DVGW Arbeitsblattes W270 sowie der „Leitlinie des Umweltbundesamtes zur hygienischen Beurteilung von organischen Materialien im Kontakt mit Trinkwasser“ (KTW-Leitlinie) erfüllt, wird vor Ort mit einem Zweikomponenten-Epoxidharz getränkt, über eine Drucktrommel in die zu sanierende Haltung eingebracht und mit Dampf ausgehärtet. Die hierfür notwendige Anlagentechnik ist üblicherweise auf einem vollständig ausgebauten Fahrzeug angebracht, das als mobile Tränk- und Mischanlage genutzt wird, in der die Dosierung und Mischung der Harzkomponenten sowie die Imprägnierung des Liners direkt vor Ort an der Einbaustelle erfolgt.

„Da der Einsatz eines Lkw aufgrund der Unzugänglichkeit des Geländes nicht möglich war, haben die beteiligten Baupartner ein Konzept erstellt, bei dem die Baustelleneinrichtung in Module zerlegt und auf diese Weise geländegängig gemacht wurde“, so Robatscher weiter. Während ein Bagger vorab die Dampfmaschine

im Container direkt an der jeweiligen Einbaustelle positionierte, wurde in der zentral im Baufeld eingerichteten Tränkanlage der Schlauch für den Einbau vorbereitet und dann zur Dampfmaschine transportiert. Mit dieser modularen und damit flexiblen Anlagentechnik der D&S Rohrsanierung ist man in der Lage, auch an Orten zu arbeiten, bei denen sonst kein für Baustellen üblicher Zugang möglich ist.

An Ort und Stelle konnte der Liner dann in die stillgelegten Haltungen invertiert werden, die vorab für den Einbau vorbereitet, gründlich gereinigt und zur Kontrolle mit der Kamera befahren



Mit der Drucktrommel wird der Liner in die zu sanierende Haltung invertiert. Bild: Diringer&Scheidel Rohrsanierung

worden waren. Nach dem Einbau über die Drucktrommel wurde der Schlauch durch Wärmezufuhr mit Dampf zu einem neuen Rohr ausgehärtet. „Diese Rohr im Rohr-Lösung ist unabhängig und alleine tragfähig und übernimmt ohne Unterstützung des Altrohres alle statischen Außen- und Innenlasten“ erläutert Dipl.-Ing.(FH) Jens Wahr, Diringer&Scheidel Rohrsanierung GMBH & CO. KG, eine entscheidende Eigenschaft des BlueLine®-Systems.

„Die für das Verfahren charakteristische Vor-Ort-Imprägnierung mit Epoxidharz sorgt für

größtmögliche Flexibilität an der Einbaustelle“, so Wahr weiter. Bei der Imprägnierung wird der Liner unter Vakuum gesetzt, gleichmäßig mit dem Harzsystem getränkt und kalibriert. Eine für das Verfahren entwickelte Steuerung sorgt dann für einen kontrollierten Einbauprozess bei dem wichtige Einbaurelevante Daten permanent aufgezeichnet werden.

Die mit EU-Geldern geförderte Sanierung der Leitungen in der Beregnungsanlage Tartsch-Mals konnte zur vollsten Zufriedenheit des Auftraggebers abgeschlossen werden. Das eingesetzte Produkt und die ausgewählte Technik haben ihre Vorteile unter den gegebenen schwierigen Bedingungen voll ausspielen können. Dampf- und Tränkanlage entsprechen modernstem technologischem Standard und der im Verbund gefertigte elastische Glas-Filz-Schlauch kann mit hervorragenden Werkstoffeigenschaften aufwarten. So macht zum Beispiel seine Bogengängigkeit den Einsatz in Bögen bis 45° und mehr möglich. Hinzu kommt: Aufgrund der Materialeigenschaften des verwendeten Epoxidharzes finden auch umweltschutztechnische Gesichtspunkte Berücksichtigung. Deshalb kann sich das Konsortium vorstellen, das Verfahren insbesondere in Dorflagen, bei Unterführungen oder in schwierigem Gelände auch bei zukünftigen Sanierungen anzuwenden. □

Sanierung von Entwässerungssystemen tätigen Ingenieurbüros dar. Diese tragen häufig Verantwortung für Planung, Ausschreibung und Überwachung der Maßnahmen.

Optimale Auswahl

Wie wähle ich als Verantwortlicher für das Kanalnetz bzw. als beauftragter Planer das am besten geeignete Verfahren für das jeweilige Schadensbild und was habe ich darüber hinaus bei Ausschreibung und Bauüberwachung zu beachten – diese Fra-

Bad Birnbach:

40 Jahre Chrysantiquelle

Festakt mit Umweltminister Dr. Marcel Huber

Das ganze Jahr über feiert Bad Birnbach im Landkreis Rottal-Inn den 40. Geburtstag seiner Chrysantiquelle. Mitten im Kurpark gelegen, sprudelt aus der Quelle seither unermüdlich das heilende Bad Birnbacher Thermalwasser. Bewacht wird die Chrysantiquelle symbolisch von drei steinernen Löwen. Dies soll deren hohe Wertschätzung zum Ausdruck bringen.

Am 21. September 1973 wurde der Bohrtrupp in 1.618 Meter Tiefe fündig, als er auf 70 Grad heißes Wasser stieß. Bald schon wurde klar, dass es ein besonderer Schatz war, denn die Heilwirkung ist keine Fabel, sondern sogar staatlich anerkannt und wissenschaftlich verbrieft. Das heiße Wasser lindert vor allem Leiden in Zusammenhang mit Rheuma, Gelenk- und Wirbelsäulenerkrankungen sowie Operationsfolgen.

Große Bedeutung

In Bad Birnbach war man sich der großen Bedeutung des Fundes durchaus bewusst. Bei der Namensgebung stand deshalb kein geringerer Pate als der Heilige Chrysanthus, dessen Reliquien in der Bad Birnbacher Pfarrkirche Maria Himmelfahrt aufbewahrt werden. Die Reliquien wurden am 25. Oktober 1695 auf Veranlassung des Hofmarksherrn Franz Caspar von Schmid in einer festlich-feierlichen Prozession mit vielen Geistlichen durch Abt Christian Freisleben von St. Salvator in die Pfarrkirche Birnbach einbegleitet.

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen wurden der Geburtstag der Chrysantiquelle und die daraus entwickelten Rottal-Terme gebührend gefeiert. Den Auftakt machte das schwungvolle Neujahrskonzert im Januar mit der Niederbayerischen Philharmonie der Städtetheater Landshut und Passau. Es folgten viele weitere Höhepunkte, zum Beispiel ein Wassergottesdienst im Juli und vor wenigen Wochen der offizi-

elle Festakt. Mitte Dezember beschließt ein großes Abschlusskonzert das Festjahr.

Dem Festakt anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Quellenfundes wohnte unter anderem Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber bei, der sich nach eigenem Bekunden in Bad Birnbach wie zu Hause fühlt und sich zuletzt erheblich für das Förderprogramm zur Steigerung der medizinischen Qualität in bayerischen Kurorten einsetzte.

Das Ergebnis dieses Engagements war noch ein weiterer Grund zum Feiern: Fünf niederbayerische Bäder erhalten zusammen 130.000 Euro Fördergelder zur wissenschaftlichen Untersuchung der positiven Auswirkungen des Thermalwassers in Bezug auf Stress. Mit rund 100.000 Arbeitsplätzen und 3,7 Milliarden Euro Wertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft sind die Kurorte und Heilbäder ein enormer Wirtschaftsfaktor – gerade für den ländlichen Raum.

120.000 Gäste im Jahr

„Rund eine Million D-Mark hatte die Bohrung vor 40 Jahren gekostet“, betonte Bad Birnbachs Bürgermeister Josef Hasenberger. Er verwies darauf, dass jährlich rund 120.000 Kur- und Urlaubsgäste das Kurbad aufsuchen. Da die Krankenkassen ihre Kur-Leistungen stark zurückgefahren haben, bemühte sich das Bad stärker um betriebliche Gesundheitsvorsorge und bietet Selbstzahlern attraktive Arrangements an.

Auch wenn sich der Ort Birnbach durch die Quelle rasant entwickeln konnte und diese vier Jahrzehnte eine Erfolgsgeschichte darstellen, stehe man vor großen Herausforderungen, unterstrich Landrat Michael Fahmüller. „Viele Arbeitsplätze hängen am heißen Wasser und das Geschäft mit den Kurorten sowie der Kampf um Gäste wird härter.“ Bäder in Tschechien bzw. Italien seien starke Mitbewerber.

Das Prädikat „Bad“ trägt der Ort seit 1979. Birnbach wurde 812 erstmals urkundlich erwähnt. Keltische Hügelgräber in der Nähe der Golfplätze datieren weit in die vorchristliche Zeit zurück. DK

Gütegemeinschaft Kanalbau aktualisiert Leitfäden

Eigenüberwachung Gruppe ABS

Bei der Planung und Ausführung von Bauleistungen im Bereich der Sanierung von Entwässerungssystemen waren bisher insbesondere Merkblätter und Empfehlungen von Bedeutung. Für Renovierungsverfahren existiert seit Ende 2012 mit der DIN EN 18326 zusätzlich eine Norm. Hinzu kommt das Merkblatt DWA-M 144-3, das parallel zur Norm für die grabenlose Kanalsanierung bzw. für Schlauchlining-Verfahren erstellt wurde. Auf diese Entwicklung hat die Gütegemeinschaft Kanalbau reagiert und die Leitfäden für die Eigenüberwachung „Ausschreibung und Bauüberwachung von Sanierungsmaßnahmen (Gruppe ABS)“ inhaltlich angepasst.

Die in der VOB 2012 neu aufgenommene ATV DIN 18326 „Renovierungsarbeiten an Entwässerungskanälen“ gilt für Leistungen zur Verbesserung der aktuellen Funktionsfähigkeit von Entwässerungsleitungen und -kanälen im Erdreich sowie den zugehörigen Bauwerken unter vollständiger oder teilweiser Einbeziehung ihrer ursprünglichen Substanz. Mit der Erarbeitung einer VOB/C-Norm für Kanalrenovierungsarbeiten wurden einheitliche Vorgaben für Vergabe, Ausschreibung und Mindestqualitätsstandards definiert.

Übersicht über zu prüfende Punkte im Bauvertrag

Abschnitt 0 „Hinweise für das Aufstellen der Leistungsbeschreibung“ gibt eine Übersicht, welche Punkte bei Bauverträgen vom Auftraggeber zu regeln sind. Eine lückenlose Prüfung von der Materialherstellung bis zum vor Ort hergestellten Produkt ist unerlässlich, um eine dauerhafte Sanierung sicher zu stellen. Deshalb werden in Abschnitt 2 „Stoffe, Bauteile“ neben den DIN-Normen für die gebräuchlichsten Stoffe und Bauteile auch Festlegungen zu entsprechenden Prüfungen aufgeführt. Abschnitt 3 „Ausführung“ regelt, wie der Auftragnehmer seine Leistungen auszuführen hat, wenn im Bauvertrag nichts anderes vereinbart ist.

Vorgaben zu notwendigen Vor- und Nacharbeiten und Regelausführungen von Renovierungsarbeiten sind definiert. Ebenso werden Regelungen für folgende Verfahren bzw. Technikfamilien angegeben: Rohrstrang-Lining, Einzelrohr-Lining, Close-Fit-Lining, Wickel-

rohr-Lining, Schlauchlining und montierte Einzelelemente. In Abschnitt 4 „Nebenleistungen, Besondere Leistungen“ werden Nebenleistungen beschrieben, die ein Auftragnehmer als selbstständige Leistungen erbringen muss, um die Hauptleistung auszuführen. Dazu gehört unter anderem eine optische Inspektion als Vorbereitung unmittelbar vor der Renovierung sowie das Einmessen der Lage der Anschlüsse inkl. Dokumentation.

Mit dem Merkblatt DWA-M 144-3 „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (ZTV) für die Sanierung von Entwässerungssystemen außerhalb von Gebäuden – Teil 3: Renovierung mit Schlauchliningverfahren (vor Ort härtendes Schlauchlining) für Abwasserkanäle“ werden harmonisierte, standardisierte, zusätzliche technische Vertragsbedingungen (ZTV) definiert. Diese ermöglichen, die in den Regelwerken aufgeführten technischen Möglichkeiten im Sinne der VOB mit der entsprechenden vertraglichen Sicherheit und Qualität auszusprechen. Damit wird der Grundstein für die sichere Abwicklung des Bauvertrages gelegt.

Die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sind darauf abgestellt, dass die „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATVs)“ Bestandteil des Bauvertrages wird, und damit insbesondere ATV DIN 18299 „Allgemeine Regelungen für Bauarbeiten jeder Art“ und ATV DIN 18326 „Renovierungsarbeiten an Entwässerungskanälen“.

Merkblatt und DIN-Norm stellen wichtige Arbeitsgrundlagen z.B. für die im Bereich der

Grabenlos gut!





DIRINGER&SCHEIDEL
ROHR SANIERUNG



Aschaffenburg | Dessau | Freiburg
Herne | Leipzig | Mannheim | München
Nürnberg | Oldenburg | Saar | Wetzlar
Frankreich | Italien | Luxemburg | Polen
www.dus-rohr.de

Markt Buttenheim ist „Kommune des Jahres 2013“

32 Unternehmen, eine Kommune und eine Bank - die Besten des 19. bundesweiten Wettbewerbs um den „Großen Preis des Mittelstandes 2013“ aus Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen - wurden jüngst in Würzburg im Rahmen einer festlichen Gala geehrt. Als wirtschaftsfreundlichste Kommune wurde der Markt Buttenheim ausgezeichnet.

In seiner Laudatio hob Prof. Dr. Rupert Gramß, Mitglied des Kuratoriums der Oskar-Patzelt-Stiftung, folgendes hervor: „Mischpult und Maßkrug - Innovation und Tradition“ ist die wohl treffendste Beschreibung für den fränkischen Wirtschaftsstandort Markt Buttenheim. Traditionelle Wirtschaftsschwerpunkte wie das Brauereiwesen und die überregional bekannte Gastronomie profi-

tieren wie die mehr als 300 Gewerbetreibenden vom verstärkten Trend zu einem High-Tech Standort. Zahlreiche renommierte Industrieunternehmen wie REWE Logistikzentrum, Salzbrenner Stage-Tech und DumaSoft GmbH haben sich bereits als Global Player für den Wirtschaftsstandort Buttenheim entschieden.

Auf einer Gesamtfläche von mehr als 3.000 Hektar hält die

rund 3.600 Einwohner zählende Gemeinde - die in zehn Gemeindeteile gegliedert ist - attraktive Gewerbegrundstücke vor. Sie will damit insbesondere dem ländlichen Raum eine wirtschaftliche Zukunft sichern. Verbindet damit aber auch das Ziel, durch Ausweisung neuer Baugebiete und den Ausbau einer schnellen Breitbandversorgung attraktivere Lebensbedingungen zu schaffen, um junge Menschen mit ihren Familien für den Standort zu interessieren.

Eine gute Basis dafür sind die mehr als 1.000 neuen Arbeitsplätze, die seit 1996 geschaffen wurden und zu einer überdurchschnittlichen Absenkung der Arbeitslosigkeit führten sowie eine erfolgreiche Ausbildungsinitiative mit den Nachbargemeinden.

Damit verbunden sind der Aufbau eines Nahwärmenetzes aus erneuerbaren, regionalen Rohstoffen für kommunale und private Abnehmer, die Schaffung einer Ganztagsbetreuung mit Küche in unmittelbarer Nähe zur Schule, eines Jugendzentrums mit Familienstützpunkt und von zwei Kindertagesstätten mit Kinderkrippen.

Strategisch günstige Lage

Markt Buttenheim ist Mitglied der Metropolregion Nürnberg. Seine strategisch günstige Lage und hervorragende Verkehrsanbindung wie die eigene Autobahnauf-/abfahrt mit mittelbarer Anbindung an die Autobahnkreuz Nürnberg-Bamberg-Bayreuth und Nürnberg-Würzburg-München und damit Direktkontakt an das europäische Schnellstraßennetz sind ebenso positive Faktoren wie die Erreichbarkeit des Flughafens Nürnberg in 30 Minuten Fahrzeit und die Nähe des Staatshafens Bamberg - am Rhein-Main-Donau-Kanal gelegen - mit Anbindung an die wichtigsten Wasserstraßen Europas.

Von diesen Vorzügen profitieren

vor allem die Unternehmen und deren Geschäftspartner im nahe gelegenen Umfeld von Markt Buttenheim wie die Adidas AG und die Puma AG in Herzogenaurach, die Coca Cola AG und die Schaeffler AG im Großraum Haßfurt-Schweinfurt, die Nestle Schöller GmbH und die MAN Truck & Bus AG am Messe- und Kongressstandort Nürnberg/Fürth sowie die Automotive-Region Bamberg mit Unternehmen wie Bosch, Michelin und Brose.

Attraktives Freizeitangebot

Markt Buttenheim liegt in einer Region mit der weltweit höchsten Brauereidichte. Die vier am Standort befindlichen Brauereien stellen allein 53 Biersorten her. Zwölf Gastwirtschaften und acht fränkische Biergärten sorgen für das Wohl der Gäste aus Nah und Fern. Zu diesem verführerischen 'Freizeitangebot' kommen noch 180 Museen - darunter das örtliche Levis-Strauss-Museum - 105 Schlösser und Burgen, elf Theater, fünf Universitäten sowie mehrere Fachhochschulen und höhere Schulen, die allesamt für ein interessantes, geistig-kulturelles Leben in und um Markt Buttenheim sorgen.

Engagierter Politiker

Diese Kommune entwickelt sich nicht von alleine. An ihrer Spitze steht ein Mann, der die Gemeinde nach vorne bringt: Johann Kalb. Eigentlich ist er von Berufswegen Bürgermeister, aber im 'Hauptberuf' ist er Beigeordneter, der nicht an die Trägheit glaubt, sondern an die Anti-gravitation, den Auftrieb. Seine Tätigkeit als allzeitbereiter und hochengagierter Kommunalpolitiker hat Markt Buttenheim in Bayern weit nach vorne gebracht. Nicht umsonst ist Johann Kalb mit 98,3% von der Kreisvertreterversammlung der CSU als Landratskandidat ins Rennen geschickt worden. Kalb kann Landrat. Viel Erfolg für ihn persönlich und für Markt Buttenheim! □

Murnau am Staffelsee hat den „Bahnhof des Jahres 2013“

Allianz pro Schiene vergibt zum zweiten Mal Sonderpreis Tourismus

Der Bahnhof Murnau am Staffelsee in Oberbayern hat den Sonderpreis Tourismus des Wettbewerbs „Bahnhof des Jahres“ erhalten. Vertreter der Allianz pro Schiene überreichten die Urkunden an den Geschäftsführer Bürgerbahnhof Oberland GmbH & Co. KG, Andreas Holzey, an Murnaus Bürgermeister Dr. Michael Rapp sowie den zuständigen Bahnhofsmann für Oberbayern, Helmut Zöpfel. Als Anerkennung wurde eine Messingtafel mit der Aufschrift „Bahnhof des Jahres 2013“ enthüllt.

„Murnau ist ein gutes Beispiel für gemeinsame Bahnhofsentwicklung. Der Investor und eine entschlossene Stadt haben hier eine ideale neue Nutzung für das Bahnhofsgebäude gefunden, während die DB die Verkehrsstation mit Bahnsteigen und Bahnsteigunterführung umfassend erneuert und barrierefrei ausgebaut hat“, sagte Günther Pichler, Regionalbereichsleiter Süd der DB Station&Service AG.

Konsequente Ausrichtung

Angeregt durch zahlreiche Nennungen des Bahnhofs im Wettbewerb um den Bahnhof des Jahres, machte sich die Jury selbst ein Bild vor Ort und stellte begeistert fest, dass hier alles konsequent auf Tourismus ausgerichtet ist. Das gemütliche Bahnhofscafé punktet ebenso wie die guten Schnittstellen zu Bus und Taxen oder der Automat, der kostenlose Informationen an Touristen gibt. Ein Reisezentrum, Schließfächer und eine behindertengerechte Toilette runden den Service ab.

Auf dem Vorplatz weisen Schilder Wanderern und Besuchern den Weg, Fahrräder können überdacht abgestellt werden und sogar ein

Wohnmobil findet am Bahnhof einen Platz für die Nacht. Das Fazit der Jury: „Hier haben Technik und Seele ihren Frieden miteinander geschlossen.“

Der Bahnhof Murnau mit seinem atemberaubenden Ausblick auf die Alpen wurde 2010/11 barrierefrei ausgebaut. Die Bahn erneuerte die Bahnsteige und erhöhte sie auf 76 Zentimeter. Diese ermöglicht den Reisenden einen ebenerdigen Einstieg in die modernen Talent-Triebwagen. Die Bahnsteigunterführung wurde mit Aufzügen ausgestattet und mit Zugbildern gestaltet. In die Erneuerung der Station investierte die Bahn rund vier Millionen Euro, davon 500.000 Euro vom Freistaat.

Die anderen beiden Preisträger beim diesjährigen Wettbewerb sind der Göttinger Hauptbahnhof als bester Großstadtbahnhof und der Bahnhof Oberursel in der Kategorie „Städte unter hunderttausend Einwohner“.

Der Preis „Bahnhof des Jahres“ wurde 2013 zum zehnten Mal vergeben. Der Titel zeichnet den Bahnhof aus, der aus Kundensicht vorbildlich ist und den Bahnkunden Komfort in jeder Hinsicht bietet. □

Schwäbische Landrätetagung in Dillingen:

Thema Asyl brennt auf den Nägeln

Die deutliche Zunahme an Asylbewerbern stand im Mittelpunkt einer Arbeitstagung der schwäbischen Landräte in Dillingen. Laut Gebhard Kaiser, Vorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben im Bayerischen Landkreistag, ist nunmehr die neue bayerische Staatsregierung in der Pflicht. Besonders beim Bau neuer Gemeinschaftsunterkünfte sei sie gefordert. Eine klare Linie sei wünschenswert.

In dieselbe Kerbe hieb der Dillinger Landrat Leo Schrell. Die auf Bundesebene sich verschärfende Asylproblematik zeige inzwischen auch konkrete Auswirkungen auf Bayern und wegen des staatlich verordneten Verteilerschlüssels auch auf den Landkreis Dillingen.

Komplette Überfüllung

Problematisch sei, so der Landrat, dass die Gemeinschaftsunterkünfte, die von der Regierung von Schwaben in Zusamaltheim und Höchstädt betrieben werden und für die der Freistaat die Verantwortung habe, im Landkreis komplett überfüllt seien und die Eröffnung neuer Unterkünfte mit der aktuellen Entwicklung in keiner Weise Schritt halten könne. Einzelunterkünfte zu finden, werde von Woche zu Woche schwieriger und Grundstücke für Neubauten seien derzeit keine vorhanden.

Dies führe dazu, dass zusätzlich von den Landratsämtern Asylbewerber dezentral untergebracht werden müssten. Hierbei kritisierte Schrell den Umstand, dass die Landkreise auf den Kosten für Sozialbetreuung oder Hausmeisterdienste in den dezentralen Einheiten sitzen bleiben.

Immense Steigerung

Aktuell geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge davon aus, dass im Jahr 2013 bis zu 100.000 Menschen in Deutschland erstmals Asyl beantragen werden. Zu den zehn stärksten Herkunftsländern zählt u. a. Syrien. Im bisherigen Jahr 2013 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neben 74.194 Erstanträgen auch 11.131 Asylfolgeanträge gestellt (Januar bis September 2012: 40.201 Erst- und 8.844 Folgeanträge). Damit

wurden im bisherigen Jahr 2013 insgesamt 85.325 Asylanträge gezählt, 36.280 mehr als von Januar bis September 2012. Insgesamt ist dies eine Steigerung von 74 Prozent.

Daneben forderten die Landräte auch eine Senkung der Bezirksumlage im Jahr 2014. Begründung: Durch den Anstieg der Umlagekraft der Landkreise habe der Bezirk im kommenden Jahr Mehreinnahmen von 38 Millionen Euro zu erwarten.

Ein weiteres Augenmerk lag auf dem Thema Personalmangel in den Gesundheitsämtern. Die Landräte befürchteten, dass mit der neuen Trinkwasserverordnung neue Aufgaben auf die Ämter zukommen, die mit dem derzeitigen Personal nicht zu bewältigen sind. **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

20 Jahre Städtepartnerschaft:

Pilsener Woche in Regensburg

2013 feiern Regensburg und Pilsen das 20-jährige Jubiläum ihrer Städtepartnerschaft. Aus diesem Anlass veranstaltete die Bischofsstadt an sechs verschiedenen Schauplätzen eine Pilsener Woche. Aus dem westlichen Böhmen reisten Künstler der verschiedensten kreativen Bereiche nach Regensburg. Im Gepäck hatten sie ein spannendes Programm mit viel Musik, traditionellem Marionettentheater, Workshops und Projekten.

Die Woche wurde mit der ländereübergreifend produzierten Oper „Brundibar“ im Velodrom eingeleitet. Der „Bus der Narren“ stellte mit Trommelspiel, Barockmusik und lebendigen Barockfiguren die Kulturhauptstadt Pilsen 2015 und ihre Barockdenkmäler vor. Am Bismarckplatz zündete man ein fulminantes Barockfeuerwerk, das bekannte Marionettentheater Alfa präsentierte im Turmtheater gleich zwei Paradestücke des tschechischen Puppenspiels und Jazz-Fans kamen bei einem Konzert im Loksuppen auf ihre Kosten. Auf dem Pilsener Markt wurden Spezialitäten aus Böhmen gereicht und im Innenhof des Thon-Dittmer-Palais zeigte sich Pilsen mit einem breiten Kulturprogramm, das viele historische Epochen umspannte.

Zwei Ausstellungen begleiteten das abwechslungsreiche Programm: „Portraits aus Böhmen und Mähren“ und „Gedächtnis einer Marionette“ werden auch nach der Pilsener Woche noch in Regensburg zu sehen sein.

Pilsen-Allee

Pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum erinnerte Regensburg auch in Sachen Straßenbenennung an die Partnerstadt Pilsen: So taufen die beiden Oberbürgermeister Martin Baxa und Hans Schaidinger die neue Ostumgehung in „Pilsen-Allee“ um. Da Straßen die Voraussetzung seien, dass Menschen sich begegnen, Handel treiben und ihre Kulturen austauschen können, hätten sie stets eine verbindende Bedeutung, so OB Schaidinger. Wichtiger aber sei, den Menschen die Städtepartnerschaft noch mehr ins Bewusstsein zu rufen. Zwar verbinde die Pilsen-Allee Regensburg nicht direkt mit der Partnerstadt, die Richtung aber stimme.

Festakt im Alten Rathaus

Den Abschluss der „Pilsener Woche“ markierte ein Festakt im Alten Rathaus. In seiner Festrede erinnerte Oberbürgermeister Hans Schaidinger an den Beginn der Freundschaft: „Am 25. September 1993 wurde im Saal des einzigartigen Renaissance-Rathauses in Pilsen der Partnerschaftsvertrag zwischen Regensburg und der westböhmisches Metropole geschlossen.“ Die damaligen Oberbürgermeister Christa Meier und Dr. Zdenek Mracek setzten ihre Unterschriften unter den Vertrag. Nun, 20 Jahre später, stellte das

Stadtoberhaupt fest: „Wir gehören zusammen. Wir sind Bürger einer Region. Wir leben und arbeiten in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum.“

Laut Schaidinger besagt eine aktuelle Umfrage der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer in Prag, dass trotz der international schwierigen Rahmenbedingungen 60 Prozent der deutsch-tschechischen Unternehmen ihre Lage als zufriedenstellend bezeichnen. Von dieser Entwicklung profitiere vor allem die Metropole Pilsen.

Fruchtbarer Austausch

Die Nachhaltigkeit und der Erfolg dieser Zusammenarbeit fielen nicht vom Himmel, so der Rathauschef. Daran hätten die intensiven Anstrengungen der IHK in Regensburg und der Bezirkswirtschaftskammer Pilsen einen wesentlichen Anteil. Positiv wirkte sich auch der fruchtbare Austausch der Wirtschaft mit der Regensburger Universität, der hiesigen Hochschule und der Westböhmisches Universität aus.

20 Jahre Städtepartnerschaft mit Pilsen bedeutet Schaidinger zufolge aber auch: „Wir, die Regensburgerinnen und Regensburger, haben die westböhmisches Metropole ein Stück begleiten dürfen auf dem Weg der Transformation, dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau einer Stadtgesellschaft.“ Dies sei eine Herkulesarbeit gewesen, die im Wesentlichen gut gemeistert worden ist. „Pilsen ist wieder das geworden, was ihr der Gründer, König Wenzel II., im Jahr 1295 als Auftrag mit auf den Weg gegeben hat: eine der größten und bedeutendsten Städte Böhmens zu werden.“

Nachdem Josef Beimler, stellvertretender Geschäftsführer der IHK Regensburg, davon gesprochen hatte, dass die zwei Millionen Einwohner zählende grenzüberschreitende EuroRegion Oberpfalz-Pilsen „ein hervorragendes Zukunftspotenzial“ habe, meinte Pilsens Oberbürgermeister Baxa abschließend: „Immer wenn ich nach Regensburg fahre, weiß ich, dass ich zu Freunden fahre.“ Er sei stolz, Regensburg als eine „wunderschöne historische Stadt“ als Partnerin zu haben. Außerdem zeigte sich Baxa überzeugt: „Treffen, Kennenlernen und gegenseitige Bereicherung sind die besten Wege zur Überwindung von Grenzen.“ **DK**

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberfranken:

Kraftvolle Kommunen

Die Landesentwicklung benötigt Steuerung und eine kluge Infrastrukturpolitik. Darauf hat Oberbürgermeister Norbert Kastner, Coburg, bei der jüngsten Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Oberfranken hingewiesen. Wie der Bezirksvorsitzende betonte, brauche Bayern überfachlichen Planungswillen und überörtlichen Gestaltungswillen. Die Zukunft eines polyzentrisch strukturierten Flächenstaats sei eng mit seinen zentralen Orten verbunden. Kastner: „Die zentralen Orte prägen die Identität und das Bild der Region – gerade in den ländlichen Räumen.“

Die ungezügelte Ansiedlung von Einkaufshallen oder Factory-Outlet-Centern auf der grünen Wiese halte weder Abwanderung noch demografischen Wandel auf. Hier sei eine gute Infrastrukturpolitik gefragt – Straße, Schiene, Datenautobahn – und eine staatliche Regional- und Strukturpolitik, die attraktive „Ankerpunkte“ in Kultur oder Wissenschaft für die Menschen schafft, so Kastner. Hochschulen und Außenstellen von Forschungseinrichtungen könnten Impulse für eine Region geben. Die beste Möglichkeit zur nachhaltigen Zukunftssicherung liege in einer breit gefächerten Hochschullandschaft.

Impulse für die Region

Kastner: „Klug positionierte Einrichtungen von Forschung und Lehre entwickeln sich nach einer Startphase zu dynamischen Motoren. Der Freistaat hat seit den 1970er Jahren ein vielfältiges System von Fachhochschulen über das ganze Land gelegt: Beispiele sind etwa Amberg, Coburg, Deggendorf, Hof, Kempten, Schweinfurt und Weiden. Das hat ganze Regionen stabilisiert und belebt. Da ist Innovatives entstanden, das hat Impulse für die lokale Wirtschaft und das Kulturleben gegeben.“

Landesentwicklung

„Wenn die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse der Maßstab des Handelns ist, dann darf man nicht noch zusätzliche Scheinwerfer dort aufstellen, wo es bereits am hellsten leuchtet. Landesentwicklung muss sich Gedanken machen, wo mehr Licht gebraucht wird, oder wo die Lichtbündelung bereits jetzt zu dick ist. Hier hilft ein Landesentwicklungsprogramm mit überfachlichem und überörtlichem

„Gut informiert älter werden“

Das Landratsamt München präsentiert nunmehr die siebte Auflage seines Seniorenratgebers. Die Broschüre wendet sich an Seniorinnen und Senioren aus dem Landkreis München. Sie listet Serviceangebote von Ämtern, freien Trägern und privaten Anbietern auf. Eine kostenlose Ausgabe bietet das Landratsamt auf seiner Homepage. Die Publikation wird auf Wunsch auch verschickt. Außerdem legen die Kommunen des Landkreises den Ratgeber in ihren Rathäusern aus.

„Gut informiert älter werden“ ist der Titel des aktualisierten Seniorenratgebers. Auf 122 Seiten bietet er einen umfassenden Überblick über Angebote für Seniorinnen und Senioren im Landkreis. Die Kontaktadressen und Ansprechpartner werden auch von Angehörigen genutzt.

Ausführliche Informationen mit Anschrift, Telefon, Fax und Email

Für ältere Mitbürger, die so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben möchten, bietet der Seniorenratgeber unterschiedliche ambulante Unterstützungsangebote. Für Mitbürger, die sich nicht mehr selbst versorgen können, gibt es Wohn- und Pflegemöglichkeiten. Die Angebote kommen von den Gemeinden und Städten, von Kirchen, von freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden sowie kommerziellen Anbietern.

Gestaltungsanspruch“, stellte der Bezirksvorsitzende fest.

Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder erklärte der Bezirksvorsitzende der kreisfreien Städte, Frank Rebhan (Oberbürgermeister Neustadt b. Coburg), dass die Versorgung mit Krippenplätzen trotz einiger Engpässe insgesamt zu klappen scheint. Das drängendste Problem sei der Personalmangel. Es könne durchaus passieren, dass eine neu gebaute Krippe perfekt eingerichtet ist, aber leider leer steht, weil noch nicht genügend Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden konnten.

Suche nach Personal

Allein die Stadt Nürnberg habe in den vergangenen Jahren 400 neue Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Die Kommunen grasten auf der Suche nach Personal alle Regionen ab. Doch Erzieherinnen und Erzieher ziehe es nicht in die Ballungszentren mit hohen Lebenshaltungskosten und Wohnungsnot. Rebhan: „Mehr als das, was die Kommunen geleistet haben, konnten sie nicht leisten. Die Kommunen haben gebaut, sie bauen und werden weiter bauen, denn der Bedarf steigt kontinuierlich an. Kaum steht eine neue Krippe, wächst der Bedarf für eine weitere Krippe. Dieses Phänomen wird uns die nächsten Jahre hinweg auf Trab halten. Die Kinder, die jetzt in der Kita krabbeln, werden in vier Jahren Ganztagsbetreuung in Schulen beanspruchen.“

Unbefriedigende Arbeitsteilung

Rebhan zufolge messen die Menschen die Politik von Bund, Land und Kommunen an einem Punkt: „Jedes Kind, das einen

Krippenplatz sucht, muss einen Platz finden. Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“ Die Arbeitsteilung bleibe für Kommunen unbefriedigend. Bund und Länder verhiessen das hehre Ziel der Krippengarantie, ließen aber die Rathäuser liefern.

Rebhan: „Die bayerischen Städte und Gemeinden haben die von Bund und Land vorausgesetzte Betreuungsquote für den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Mit einer gigantischen Kraftanstrengung haben es die Kommunen geschafft, den tatsächlich höher liegenden Bedarf weitestgehend zu decken.“

Rechtsanspruch

Der ursprünglichen Quotenvorgabe für Bayern von 35 Prozent stehe derzeit eine durchschnittliche Betreuungsquote von über 40 Prozent gegenüber. Im Jahr 2006 betrug der Versorgungsgrad bayernweit 7 Prozent, im Jahr 2011 waren es 24 Prozent: Aktuell gibt es in Bayern über 100.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs rund 110.000 Plätze notwendig sind; das wäre eine durchschnittliche Versorgungsquote von 40 Prozent.

Rebhan: „Bayern hat spät begonnen und hatte als krippenfreie Zone viel aufzuholen. Wir sollten nicht vergessen, dass die staatliche Familienpolitik in Bayern noch 2005 keinen Bedarf für Kinderkrippen gesehen hat. In Bayern sind vor allem die Großstädte in Vorleistung gegangen.“ Inzwischen sei der Freistaat, im Vergleich zu anderen Bundesländern, durchaus vorbildlich in der Finanzierung der Investitionskosten. Diese gute Förderung gelte es fortzusetzen.

Förderprogramm fortsetzen

„Bayern muss das bis Ende 2014 laufende Bund-Land-Förderprogramm weiter führen. Bei den Betriebskosten unterstützen Bund und Freistaat die Kommunen bislang zu wenig. Investitionskosten fallen einmalig an, Betriebskosten schlagen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. Daher muss eine bessere Betriebskostenförderung erfolgen“, verdeutlichte der Vorsitzende. Zudem verwies er darauf, dass in Ballungszentren der Platz für Krippen fehle; diese benötigten freilich ein ausreichendes Raumangebot mit Spielflächen im Freien. „Die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren explodiert. Geeignete Standorte für Krippen sind in Städten schwer zu finden und teuer.“ DK

OB Sebastian Remelé neuer Bezirksvorsitzender Unterfranken

In der Bezirksversammlung Unterfranken des Bayerischen Städtetags in Bad Neustadt a. d. Saale wurde der Oberbürgermeister der Stadt Schweinfurt, Sebastian Remelé, zum Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in Unterfranken bestimmt.

Remelé tritt als Bezirksvorsitzender die Nachfolge des ehemaligen Würzburger Oberbürgermeisters Georg Rosenthal an, der inzwischen sein Mandat als Abgeordneter des Bayerischen Landtags angetreten hat. Erster Bürgermeister Joachim Bieber, Miltenberg, bleibt Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken. DK

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, dieser Tage stellen wir ja unsere Uhren wieder auf die Görlitzer Normalzeit um. Endgültig Zeit, vom Sommer Abschied zu nehmen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, genoss es einmal mehr nur Fragezeichen in unseren Gesichtern zu sehen, weil wir mit seiner Anspielung nichts anfangen konnten.

Tatsächlich ist es so, dass nach der Festlegung der so genannten Normalzeit durch den Null-Meridian in Greenwich bei London auch für die anderen Zeitzonen Referenzlängengrade festgelegt wurden. Da der 15. Längengrad exakt durch den Neißepark in Görlitz geht, ist es nach Mitteleuropäischer Zeit (MEZ) 12 Uhr, wenn die Sonne ihren höchsten Punkt über Görlitz erreicht hat. Soweit die Erklärung vom Chef.

Heutzutage wird die Zeit ja von supergenauen Atomuhren diktiert, die in ein paar Millionen



ein überlegen und nachdenken, ob nun eine Stunde dazu kommt oder abgezogen wird, ob dies um zwei oder drei am Morgen passiert und so weiter. Jedenfalls werden am 26. Oktober die Tageszeitungen wieder voll von Erinnerungen und putzigen graphischen Darstellungen sein und der Rundfunk wird launig seine Merksprüchelein zur Zeitumstellung in den Äther blasen.

Ich persönlich frage mich jedes Mal: Warum der Zirkus? Im Frühjahr dauert es meistens zwei bis drei Wochen, bis ich mich daran gewöhnt habe, gefühlt eine Stunde früher aufstehen zu müssen, obwohl ich mich zu meiner gewohnten Uhrzeit wecken lasse. Eine Stunde zählt für einen Morgenmuffel wie mich übrigens doppelt, so dass diese Tage im Büro gefürchtet sind. Im Herbst wache ich unfroh vor dem Wecker auf und versuche mir tapfer einzureden, dass es doch schön sei, wenn man mal nicht schon abgehetzt unter die Dusche kommt. So geht es nicht nur mir und anderen Menschen mit empfindlicher innerer Uhr. Auch Tiere müssen sich jedes Jahr zweimal an andere Fütterzeiten gewöhnen.

Das alles wäre sicher erträglich, wenn es uns wirklich was bringen würde. Das einzige, was sicher ist, sind die Kosten der Zeitumstellung, denn von der größten Kirchturmuhre bis hin zu den Uhren in unseren Handys und Computern muss ja alles akkurat auf die jeweils aktuelle Zeit gebracht werden. Aber Energieeinsparung, wie immer gesagt wird? Ich persönlich kenne keine Statistik, die eine solche Einsparung tatsächlich in nennenswertem Umfang nachweist. Und rein subjektiv sage ich Ihnen: Den Strom, den ich im Sommer abends vielleicht nicht brauche, weil es länger hell ist, verbrauche ich in der Früh doppelt, weil es länger dunkel bleibt.

Mein Chef, der Bürgermeister, lächelt mich an. Nicht aufregen, will dieses Lächeln sagen, wir werden es nicht ändern. Fatalistisch wie er, whatsapppe ich ihm eine Überlegung des französischen Künstlers Sascha Guitry zur Bedeutung von Zeit: „Das waren noch glückliche Zeiten, als man nach dem Kalender lebte! Heute leben wir nach der Uhr.“

the Sabriul

Was bringt die Zeitumstellung?

Jahren nur um Millisekunden abweichen und uns mittels Funksignalen mitteilen, was für eine Stunde geschlagen hat. Am letzten Oktoberwochenende, so will es der Gesetzgeber, schlafen wir samstags mit der Mitteleuropäischen Sommerzeit ein und wachen sonntags in der MEZ auf – wie jedes Jahr. Diese Oktober-Umstellung ist für ein schlafbedürftiges Faultier wie mich die bessere Option verglichen zur Frühjahrs-Umstellung. Denn bei der Frühjahrs-Umstellung bekommen wir – schnipp-schnapp – eine Stunde Schlaf- und Faulenzzeit am Sonntag abgeschnitten, während im Oktober diese Stunde dazu kommt.

Trotzdem wird die Zeitumstellung wieder mit riesigem Theater einhergehen. Ich kann mich zwar gar nicht mehr erinnern, dass es einmal ein Jahr ohne Zeitumstellung gegeben hätte. Angeblich wurde die Idee der Umstellung auf eine Sommerzeit in den 70er Jahren im Zuge der weltweiten Energiekrise wieder ausgegraben. Erfunden worden sei sie angeblich im Ersten Weltkrieg, um die Helligkeit der Sonne besser auszunützen. Aber egal – ich jedenfalls habe mein ganzes bewusst erinnertes Leben im Frühjahr meine Uhr vor- und im Herbst wieder nachgestellt. Trotzdem ist es jedes Mal wieder

Höchstgelegene Marktgemeinde Deutschlands setzt auf Familienfreundlichkeit:

Familiendorf Wertach wandert auf den Spuren von Ötzi

Das Allgäuer Dorf Wertach wurde bereits als besonders familienfreundlicher Ort vom ADAC ausgezeichnet. Mit vielen Neuerungen und attraktiven Angeboten hat sich Wertach jetzt weiter als Familiendorf etabliert. Die neueste Attraktion für die ganze Familie ist die Wanderung „Ötzi im Bergwald“.

Gemeinsam mit dem fachkundigen Biologen Dr. Michael Schneider wandeln Groß und Klein auf den Spuren von Ötzi. Schneider wuchs im Allgäu auf und verbrachte die Hälfte seiner Kindheit im Wald und am Bach. Er veranstaltet Naturerlebnisprogramme, führt naturkundliche Vorträge sowie Exkursionen durch und deckt somit einen großen Teil der Familienangebote in Wertach ab: angefangen von Abenteuerwanderungen, Fledermausbeobachtungen mit Detektoren über Geocoaching und Fackelwanderungen bis hin zur ganz neuen „Wanderung Ötzi im Bergwald“.

Feuer schlagen

Dr. Michael F. Schneider zeigt hier beispielhaft, wie Ötzi, der ca. 3000 Jahre v. Chr. lebte, in den Bergwäldern von Wertach überlebt und gejagt hat. So stellt Schneider ein Gerüst aus Kiefern und Birken, meist bedeckt mit Farnen und Fellen, schräg an einen Steinwall angelehnt, das Ötzi und seinesgleichen damals auf ihren Wanderungen vor plötzlich hereinbrechenden Unwettern und vor eisiger Kälte schützen konnte. Und

natürlich darf eines nicht fehlen: „Feuer schlagen“!

Anschaulich demonstriert Dr. Michael Schneider, wie sich aus einem Stück Pyrit oder auch Markasit, einem Stück Feuerstein und einem Stück Zunder mit viel Geduld das damals so wichtige Feuer entfacht. Die Kinder bzw. die Familien üben das im Rahmen der „Wanderung Ötzi im Bergwald“ selbstverständlich selbst und haben große Freude daran. Die Urmenschen beherrschten alles, was sie zum Überleben in dieser rauen Zeit brauchten. Sie waren geschickte Handwerker, Jäger und sogar Künstler. Ihre Höhlenmalerei fasziniert die Menschen bis heute, so auch die Familien in Wertach, denn auch diese Thematik ist Teil der neuen Führung.

Schlüsselfigur

Neben den zahlreichen Wanderangeboten hat Wertach seit diesem Jahr eine weitere Besonderheit zu bieten: Das Familiendorf hat eine neue Schlüsselfigur, den Wichtel „Virdo“. Erfunden wurde er von der Wertacher Malerin Dr. Phil. Magdalena Willem-Pisarek. „Virdo“ soll Geschichten aus Wertach erzählen

und den Familienurlaub noch spannender gestalten. Er ist auch auf der neuen Kinderkarte Wertachs zu finden, die die Angebote für Familien und Kinder in Wertach bündelt und kindgerecht darstellt.

Die Karte stammt ebenfalls aus der Feder der Wertacher Malerin, auf ihr sind geballte Informationen über Spielplätze, Einrichtungen für Familien, Alptrüben, Themenwege, Ausflugsziele und Kinderprogramme zu finden.

Ideale Freizeitmöglichkeiten für Familien

Seit neuestem ist auch ein Malbuch mit den Wertacher Freizeiteinrichtungen und Geschichten von „Virdo“ erhältlich. „Mit dem Hallenspielfeld Allgäulino, dem Buron-Kinderpark mit seiner deutschlandweit einmaligen Riesenuhr und den verschiedenen Spielplätzen bietet Wertach ideale Freizeitmöglichkeiten für Familien“, so Bürgermeister Eberhard Jehle. Das Kolping Allgäuhaus hat sich, wie zahlreiche Vermieter in Wertach, auf Familien spezialisiert und mit „fünf Bärchen“ die höchste Auszeichnung für familienfreundliche Ferien erhalten.

Die Kinderkarte kann kostenlos bei der Touristinformation Wertach unter www.wertach.de oder telefonisch unter 08365/702199 angefordert werden. □

Euregio Egrensis:

Jubiläum und Jahresbilanz

Die deutsch-tschechische Arbeitsgemeinschaft Euregio Egrensis feiert heuer ihr 20-jähriges Bestehen. Sie animiert deutsche und tschechische Kommunen zur Zusammenarbeit und zu grenzüberschreitenden Projekten. Das Gebiet der Euregio Egrensis erstreckt sich auf Teile Bayerns, Böhmens, Sachsens und Thüringens. Auf bayerischer Seite umfasst das Euregio-Gebiet heute neun Landkreise (Amberg-Sulzbach, Bayreuth, Hof, Kronach, Kulmbach, Neustadt a.d. Waldnaab, Schwandorf, Tirschenreuth, Wunsiedel i. F.) und die vier kreisfreien Städte Amberg, Bayreuth, Hof und Weiden.

Im März bereits hatte die Euregio Egrensis ihr Jubiläum im Herzen der Grenzregion - im sächsischen Bad Elster - gefeiert. Prominente Festredner und Gäste waren die SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl und Martin Guillermo Ramirez, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG). Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung hatte Dr. Tassilo Lenk, Landrat des Vogtlandkreises und langjähriger Präsident der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Sachsen/Thüringen e. V. (1995-2011) übernommen.

Gegenseitige Offenheit

Lenk zufolge „hat die Zusammenarbeit in der Euregio Egrensis in den vergangenen 20 Jahren ein wahres Zusammenwachsen ermöglicht“. Gegenseitige Offenheit ins Nachbarland bereichere den Alltag in vielerlei Hinsicht: Gemeinsame kulturelle Veranstaltungen, Volksfeste und Sportturniere trügen dazu bei. Deutsche und tschechische Kinder besuchten hier und da sogar dieselbe Kindertagesstätte. Dies helfe nachfolgenden Generationen, ohne Vorurteile

aufzuwachsen und mit Kenntnis der Sprache und Gepflogenheiten des Nachbarlandes unbefangener aufeinander zugehen zu können.

Förderung der Jugend

Laut Ralf Oberdorfer, Oberbürgermeister der Stadt Plauen und seit 2011 Präsident der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Sachsen/Thüringen e. V. „ist die Förderung der Jugend einer der Schwerpunkte unserer Arbeit“. Seit 1992 gebe es das Euregio Egrensis-Jugendsommerlager. Auch vermittelten Sprachanimatorien in Schulen und Kindergärten erste Einblicke in Sprache und Kultur des Nachbarlandes. 2007 habe die Arbeitsgemeinschaft dafür das Europäische Sprachensiegel erhalten.

Gemeinsame Lebensräume

Oberdorfer: „Was vor 20 Jahren auf rein behördlicher Kooperationsebene begann, schafft heute bereits gemeinsame Lebensräume. Zahlreiche dauernde Partner- und Freundschaften sind durch die vielfältigen Kontakte in den verschiedensten gesell-

schaftlichen Bereichen entstanden.“

Nach der stimmungsvollen Festveranstaltung im März fand nunmehr unter dem Motto „Nachbarschaftliche Zusammenarbeit in Europa - 20 Jahre Euregio Egrensis“ der zweite Höhepunkt im Jubiläumsjahr der Euregio statt: eine Fachtagung im Porzellanikon Selb.

Namhafte Referenten und Gesprächspartner gestalteten ein umfangreiches Tagungsprogramm. Zeitzeugen berichteten über die Anfänge der Arbeitsgemeinschaft, Kommunalpolitiker sowie Experten aus Ministerien und Regionalbehörden diskutierten über die Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen und Ministerpräsident aus Belgien, Karl-Heinz Lambertz, referierte über Herausforderungen und Perspektiven für die Grenzregionen in Europa.

Faire Förderbedingungen

Eingebettet in die beiden Festveranstaltungen war die Mitgliederversammlung des bayerischen Teils der Euregio Egrensis in Marktredwitz. Dabei rief der Europaabgeordnete Martin Kastler dazu auf, die Regionen in der europäischen Regionalpolitik stärker als bisher als mitentscheidend wahrzunehmen. Die lebendige Nachbarschaft zwischen Bayern und Böhmen sei ein gutes Beispiel dafür, wie die Menschen auf dem Weg der Zusammenarbeit mitgenommen werden könnten. Dadurch werde auch verhindert, dass überwundene Klischees wieder aufleben. Den Euregios als grenzüberschreitenden Organisationen komme dabei eine wichtige Funktion zu, erläuterte der mittelfränkische Europaparlamentarier.

Für die neue Förderperiode

2014-2020 stellte Kastler „gute und faire Förderbedingungen“ insbesondere für die territoriale Zusammenarbeit in Aussicht. Die noch ausstehenden Beschlüsse auf EU-Ebene würden für November erwartet, die entsprechenden Programmdokumente seien auf dem Weg. Ein wesentlicher Aspekt sei die Schaffung eines lückenlosen transeuropäischen Verkehrsnetzes mit besseren Bahnverbindungen, was gerade auch für das bayerisch-tschechische Grenzgebiet gelte.

Euregio-Präsidentin Dr. Birgit

Kulturwald-Festival:

2013 gibt Bach den Ton an

Das größte Waldgebiet Europas wird im Herbst wieder zur „grünen Kulisse“ für ein einzigartiges Festival der klassischen Musik

Deggendorf (obx) - Alljährlich im Herbst wird das „grüne Dach Europas“ zur Bühne für internationale Klassik-Stars: Beim Kulturwald-Festival (27.10. bis 3.11.) präsentiert der niederbayerische Intendant und Star-Bariton Thomas E. Bauer einen Konzert-Reigen der Extra-Klasse - an exklusiven und stimmungsvollen Spielorten wie der Aldersbacher Klosterkirche oder der rund 700 Jahre alten Basilika St. Mauritius in Niederaltaich.

Unter dem Motto „Bach in Niederbayern“ dreht sich in diesem Jahr alles um den berühmten deutschen Komponisten. Nur zwei der musikalischen Highlights: die Brandenburgischen Konzerte, dargeboten von Koschitzky & Ritter, zwei der weltweit führenden Blockflötisten sowie die von Fabio Bonizzoni, einem der bedeutendsten Cembalisten und Organisten seiner Generation gespielten Goldberg-Variationen.

Stars aus aller Welt

Jahr für Jahr wird der Bayerische Wald zum „grünen Konzerthaus“ für Klassik-Stars aus aller Welt. Initiator des einzigartigen Kulturwald-Festivals ist der niederbayerische Bariton Thomas E. Bauer, ein mehrfach preisgekrönter Sänger mit regelmäßigen Engagements an den besten Häusern Europas. Gemeinsam mit seiner

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Bitte beachten Sie unsere Einladung zum Bayerischen Breitbandforum am 7. November 2013 in München. □

Seelbinder zeigte sich erfreut darüber, dass die Europäische Union weiterhin Fördermittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bereitstellen wird. In ihrem Bilanzbericht ging sie auf das erfolgreiche Bayerisch-

Tschechische Gastschuljahr ebenso ein wie auf die Grundlagenarbeit der Euregio für das Zustandekommen eines deutsch-tschechischen Rahmenabkommens zur grenzüberschreitenden Notfallversorgung. DK

Künstler aus der Region

Darunter auch der Pariser Christophe Coin, der heute zu den profiliertesten Cellisten der Welt gehört. Coin wird im „Kulturwald“ gemeinsam mit Thomas E. Bauer Kantaten, Sonaten, Suiten von Johann Sebastian Bach zu Gehör bringen (3. 11.). Auch Ausnahme-Künstler aus der Region sind im „Kulturwald“ zu hören. So spielt der erst 17-jährige „Wunderpianist“ Alexander Maria Wagner aus der Oberpfalz eine Chromatische Fuge d-moll und eigene Kompositionen (3. 11.). Ebenfalls beim Kulturwald-Festival zu hören: Die Bach Akademie Bayerischer Wald, die Sänger der historischen Aufführungs-

praxis aus den führenden Ensembles Europas vereinigt. Interpretationen auf historischem Instrumentarium sind das Markenzeichen von „Das Neue Orchester“ aus Köln unter der Leitung des international renommierten Dirigenten Christoph Spering, das mit seinen Aufführungen den „Kulturwald“ zum Klingen bringen wird.

Bach-Stammtisch

Einführungen und Hintergründe zum vielfältigen Programm des Kulturwald-Festivals bietet der regelmäßige „Bach-Stammtisch“ mit Dr. Norbert Bolin, dem ehemaligen musikwissenschaftlichen Leiter der Internationalen Bach-Akademie Stuttgart.

Klassik für Kinder

Auch wenn es so klingt: Der „Kulturwald“ ist nicht nur etwas für Erwachsene. Der Kinder-DJ-Workshop „Bach auf Festplatte“ (27.10.) soll auch den Heranwachsenden die Klassik schmackhaft machen. Bei ausgewählten Konzerten wird zudem eine Kinderbetreuung angeboten.

Näheres im Internet unter: www.kulturwald.de □

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 30. Oktober 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtsanierung
- Gestaltung öffentlicher Räume

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauenburggraben 73 · 90543 Mühlhausen
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

Unimog und Ersatzteile
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733
www.donnerbauer.com

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler

Willkommensgeschenke für Neugeborene:
bestickte Babyhandtücher / Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhandtücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 • www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Software für Behörden

TopCash Gebührenkasse für EC-Zahlungen
GEVE 4 Gewerbesteuer- & Erlaubniswesen
eArchiv Kompakt DMS
www.edv-ermtraud.de 02635/9224-0

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Standort- und Kommunalberatung

STANDORT KOMMUNE

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungsanalysen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38885 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:

Constanze von Hassel
Telefon (08171) 93 07-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

Lehrhofstraße 8
91233 Neukirchen a. Sand
Telefon: 09123/99 812 98
Telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Anmeldung

(Bitte beachten Sie, dass die Teilnehmerzahl auf 150 begrenzt werden muss)

Fax: 08171/930722 • eMail: info@gemeindezeitung.de
www.gemeindezeitung.de • www.bayerisches-breitbandforum.de

Ja, ich nehme am 7. November 2013 am Bayerischen Breitbandforum teil.
Der Eintritt ist bei vorheriger Registrierung unter www.bayerisches-breitbandforum.de bzw. unter Angabe Ihrer eMail-Adresse kostenlos.

Name:

Behörde/Abteilung

Straße, Nr:

PLZ, Ort:

Tel., Fax

eMail

Organisatorisches

Veranstaltungsort:

MOC, Lilienthalallee 40, 80939 München Atrium Raum D 111

Termin: 7. November 2013 10.00 Uhr - 17.00 Uhr
freier Zutritt zur Communication World 9.00 Uhr - 18.00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller:
www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter:
Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das MOC Veranstaltungszentrum in München:
www.communication-world.com/de/besucher/services/anreise
PKW, Bahn (vergünstigte Tickets!), ÖPNV und Flug
U-Bahn fußläufig erreichbar, 1.500 Parkplätze im Gebäude

Tagungsbeitrag: Für unsere Gäste ist nach vorheriger Registrierung per eMail die Teilnahme am Bayerischen Breitbandforum kostenfrei.

Verköstigung: Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldungen:

Bayerische Gemeindezeitung, Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried,
Telefon: 08171/9 30 7-11, Telefax: 08171/9 30 7-22;
eMail: info@gemeindezeitung.de;
www.gemeindezeitung.de und www.bayerisches-breitbandforum.de

Unsere Partner und Aussteller



Kabel Deutschland



Bayerisches Wirtschaftsministerium



Gemeinde Hinterschmiding



TeI Net



COMMUNICATIONWORLD
Intelligent mobility

BAYERISCHE
GemeindeZeitung



COMMUNICATIONWORLD
Intelligent mobility

BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM

Donnerstag, 7. November 2013, 10.00 Uhr
während der Communication World
im MOC Veranstaltungszentrum
Lilienthalallee 40, 80939 München,
1. Stock, Atrium 3 über Halle 3, Raum D 111
www.bayerisches-breitbandforum.de

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Am 7. November 2013 heißt es im Rahmen der Fachmesse *Communication World* im MOC Veranstaltungszentrum in München „Herzlich willkommen zum 1. Bayerischen Breitbandforum!“ Die Tagung steht in der guten Tradition der erstklassigen Fachveranstaltungen, die die Bayerische Gemeindezeitung für kommunale Entscheider anbietet.

Ziel ist es, unseren Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei. Unsere Gäste haben zudem kostenlosen Zugang zur Fachmesse *Communication World*.

Gerne weisen wir noch auf eine wichtige Veranstaltung von bayme vbm, DATABUND und partnering UG hin, die ebenfalls im Rahmen der *Communication World* im MOC Veranstaltungszentrum angeboten wird: Am 6. November geht es um „eGovernment in einer vernetzten Gesellschaft“. Zu diesem Workshop sind Entscheider aus Wirtschaft und Verwaltung herzlich eingeladen.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!



Anne-Marie von Hassel
Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

PS: Für den kostenlosen Besuch der Communication World müssen Sie sich unbedingt anmelden, damit wir Ihnen per eMail Ihren Gutscheincode zusenden können.

Vortragsprogramm

Bitte entnehmen Sie die aktuelle Vortrags- und Zeitplanung unseren Websites www.bayerisches-breitbandforum.de oder www.gemeindezeitung.de

10.00 Uhr

Begrüßung

Anne-Marie von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung

10.10 Uhr

Breitband in Bayern - wie geht es voran?

Ministerialdirigent Dr. Rainer Bauer,
Bayerisches Staatsministerium für Finanzen
Abt. VII

10.40 Uhr

**Infrakredit Breitband - Finanzierung
des kommunalen Eigenanteils durch die LfA**

Birgit Jakob, LfA Förderbank Bayern

11.10 Uhr - 11.30 Uhr Pause

11.30 Uhr

**Rechtliche Rahmenbedingungen im Auswahlverfahren
zur Suche eines Netzbetreibers nach der Bayerischen
Breitbandrichtlinie**

Christoph Donhauser,
Rechtsanwalt Dipl.-Verwaltungswirt (FH)
PWC - PricewaterhouseCoopers

12.00 Uhr

**Breitband im ländlichen Raum
zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

Erster Bürgermeister Heinrich Lenz, Hinterschmiding
Bayerischer Gemeindegast

12.30 Uhr

**Breitbandausbau in Bayern -
Herausforderung und Chance zugleich**

Peter Reisinger, Bereichsleiter Expansionsmanagement
M-Net Telekommunikations GmbH

13.00 Uhr - 13.20 Uhr Pause

13.20 Uhr

**Breitband für den ländlichen Raum:
Mit Glasfaser in die Zukunft**

Reinhard Wrchlavsky, Leiter Breitband, LEW TeilNet

13.50 Uhr

**Netzzoffensive –
Zum Breitbandausbau der Deutschen Telekom**

Udo Harbers, Deutsche Telekom AG

14.20 Uhr

Wege im bayerischen Förderverfahren, Masterpläne
Roland Werb, Corwese GmbH

14.40 Uhr

**Rohrsysteme für den Bau
von nachhaltigen Breitbandnetzen**

Andreas Weber, Vertrieb Rohrsysteme, REHAU AG + Co.

14.50 Uhr - 15.10 Uhr Pause

15.10 Uhr

Glasfaser für alle

Dr. Christian von Boetticher,
Wirtschaftsrat Recht Bremer & Heller GbR

15.40 Uhr

**Hochleistungs-Internet in Bayern über Kabel:
Aktueller Stand und Perspektiven**

Dr. Annette Schumacher,
Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH

16.10 Uhr

inexio - Ihr Partner für den Breitbandausbau

Anja Schramm, inexio Informationstechnologie
und Telekommunikation KGaA

16.40 Uhr Schlussworte und Ende der Veranstaltung